

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

126 (27.6.1950)

UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60, Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85, Chefredakteur: Hermann Jerrtrup, Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2249, Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lössach, Feibergstraße 7; Konstanz, Husestraße 49.

Volkszeitung
für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Stadt Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreisliste 2. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsstellen.

Preis 15 Pfg.

Jahrgang 5 / Nr. 126

Dienstag, 27. Juni 1950

Jugend im Friedenskampf voran

Konferenz junger Friedenskämpfer aller Richtungen in Essen — Westdeutsches Treffen am 1. Oktober im Ruhrgebiet
Offener Brief an Heuß und Adenauer

Essen. (EB) Aus ganz Westdeutschland versammelten sich am vergangenen Sonntag im Herzen des Ruhrgebiets 163 Delegierte junger Friedenskämpfer. Sie vertraten mehr als 20 Organisationen und Gruppen der Jugend, darunter der katholischen Jugend, der Falken, der Naturfreunde, der evangelischen Jugend, der SPD und der Sozialdemokratischen Aktion, der Pfadfinder, der Deutschen Jungenschaft und der FDJ. Sie berieten und faßten Beschlüsse über Maßnahmen zur Verteidigung des Friedens und gegen die Anwendung der Atombombe auf der Grundlage der Beschlüsse der Stockholmer Weltfriedenskonferenz. Ein ständiges Komitee der jungen Friedenskämpfer in Westdeutschland wurde gewählt und ein Aufruf an alle Jugendlichen und Jugendorganisationen in Westdeutschland erlassen.

Die Vertreterversammlung der Jugend in Essen war getragen vom Geist eines entschiedenen Einsatzes im Friedenskampf. Im Referat des Göttinger Theologiestudenten Manfred Müller wie auch in den Ausführungen aller Diskussionsredner herrschte darüber Übereinstimmung, daß ungeachtet der verschiedenen Weltanschauung, ungeachtet der auseinandergelassenen Ansichten über die Ursachen der internationalen Spannungen, unter Zurückstellung alles Trennenden die Jugend zu gemeinsamen Aktionen geführt werden muß, um die furchtbare Bedrohung der Menschheit durch

einen dritten Weltkrieg und der Anwendung der Atombombe, abzuwehren.

Als dringlichste Maßnahme im Friedenskampf der Jugend wurde die Bildung von Komitees für junge Friedenskämpfer in allen Ländern, Orten und Betrieben betrachtet. In der Unterschriftenversammlung zur Aechtung der Atombombe müsse die Jugend höchste Aktivität entfalten, damit breite

Massen für den Friedenskampf gewonnen werden.

Auf den 1. Oktober, dem Weltfriedenstag, wurde ein großes Friedentreffen der gesamten deutschen Jugend im Ruhrgebiet festgelegt, das auf der Grundlage des Stockholmer Appells organisiert wird. Hunderttausend junge Friedenskämpfer aus ganz Deutschland und dem Ausland werden daran teilnehmen. Für einen gleichzeitig stattfindenden Kongreß junger Friedenskämpfer für Westdeutschland wird mit 10 000 Delegierten gerechnet.

In einem Offenen Brief an den Bundespräsidenten Heuß und Bundeskanzler Adenauer forderte die Essener Jugendkonferenz daß diese den Appell von Stockholm unterschreiben und dem Friedentreffen am 1. Oktober die Unterstützung der westdeutschen Regierung gewähren.

In dem Manifest an die westdeutsche Jugend, das der Kongreß beschloß, heißt es unter anderem: „Nicht nur wir auf unserer Konferenz, nicht nur die friedliebenden Menschen in Deutschland, sondern die Völker der ganzen Welt lehnen sich gegen die Pläne zur Entfaltung eines neuen Krieges auf... Das ständige Komitee des Weltfriedenskongresses hat auf seiner letzten Tagung alle Menschen, die guten Willens sind, aufgerufen, die Forderung nach vorbehaltlosem Verbot der Atomwaffe, als einer Waffe der Aggression und der Massenvernichtung von Menschen, zu erheben. Wir, die jungen Friedenskämpfer aus Westdeutschland schließen uns begeistert diesem Appell an und versprechen, unsere ganze Kraft zur Erfüllung einzusetzen.“

Aufgedeckte Brunnenvergiftung

Korea und die Kriegshetze

Seoul. (EB. Reuter.) Die Kampfhandlungen in Korea dauern an. Entgegen durchsichtiger Zweckmeldungen, die von einem Zurückschlagen der Angriffe der demokratischen Volksarmee auf die südkoreanische Hauptstadt Seoul berichteten, mußte festgestellt werden, daß dessen Lage recht bedrohlich ist. So wurde jetzt zugegeben, daß eine Riegelstellung im Norden Seoul zusammengebrochen ist und sich die südkoreanischen Truppen auf der Flucht befinden. Die demokratische Volksarmee führt auf Seoul, dem Sitz der südkoreanischen Regierung, von der die Provokationen an der Grenze ausgegangen sind, einen Zangenangriff durch, von dem berichtet wird, daß ein dritter Stoßkeil aus der Mitte der Zange heraus gegen Seoul vorgetrieben wird.

Einseitige Entscheidung des Sicherheitsrates

New York. Auf der erlindens eingetragenen Sitzung des Sicherheitsrates vor der Sowjetunion nicht vertreten. Die Gegenwehr der Truppen der demokratischen Volksregierung in Nordkorea gegen die Ueberschreitung der Grenze durch Verbände des amerikaböhrigen Regimes von Syngman-Rhee wurde auf Antrag der amerikanischen Vertretung im Sicherheitsrat als Angriffshandlung bezeichnet und die Einstellung der Feindseligkeiten gefordert. Ein Antrag, der Nordkorea Gelegenheit geben sollte, seinen Standpunkt vor dem Sicherheitsrat zu vertreten, wurde mit 6 gegen 1 Stimme bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt.

USA-Waffenlieferungen an Vasallenregierung in Südkorea

Die Vereinigten Staaten haben den Oberbefehlshaber, General McArthur, in Japan angewiesen, „alle verfügbaren Kriegsmaterialien so schnell wie möglich nach Südkorea zu liefern“. McArthur hat bekannt gegeben, daß der südkoreanischen Regierung 10 amerikanische Mustangjäger, die in Japan stationiert sind, zur Verfügung gestellt und nach Korea geflogen werden.

Irreführung der Weltöffentlichkeit

Die Vorgänge in Korea wurden von sämtlichen bürgerlichen Presseagenturen vom ersten Moment an in verfälschter Weise wiedergegeben. Presse und Rundfunk redeten uneingeschränkt von einer „Kriegserklärung der nordkoreanischen Regierung“ an Südkorea. Kein Wort daran ist wahr. Die UNO-Koreakommission mußte den Vereinten Nationen mitteilen, daß Berichte über eine Kriegserklärung der nordkoreanischen Regierung nicht bestätigt werden. Wir haben es also mit einer Brunnenvergiftung übelster Art zu tun.

Ebenso ist die in der Welt behauptete Beteiligung sowjetischer Soldaten an den Operationen der demokratischen Volksarmee verlogen. Auch die Meldungen, daß ihre Operationen unter sowjetischem Kommando stünden und ein sowjetisches Seefahrzeug vor der koreanischen Küste versenkt worden sei, sind Lügen.

Dementiert wurden diese falschen und durchsichtigen Behauptungen von amerikanischer Seite in Seoul stets mit den lapidaren Worten: „Hat sich nicht bestätigt“.

Volkskampf gegen „stockreaktionäres Regime“

Paris. (nach Reuter.) Die Pariser „Humanité“ macht die Amerikaner für die Vorgänge in Korea verantwortlich, die durch die Besuche Bradleys und John Forster Dulles in Südkorea vorbereitet worden seien. Das Blatt schreibt: „Es würde gefährlich sein, den Ernst der Ereignisse in Korea zu unterschätzen.“

Die sozialistischen und sozialistisch orientierten Blätter Frankreichs unterstreichen bei der Betrachtung der Vorgänge in Korea, daß sich die amerikanische Politik der sowjetischen in Korea weit unterlegen gezeigt habe. Die Amerikaner hätten sich der von den Massen der koreanischen Bevölkerung für notwendig gehaltenen Agrarreform entgegengestellt und sich insbesondere nach der Besetzung der südlichen Hälfte Koreas zunächst ausschließlich auf die besitzenden Schichten gestützt. Das heutige politische Regime in Seoul sei stockreaktionär.

Wir können dieser Charakterisierung des innerpolitischen Charakters des Regimes Syngman-Rhee nichts hinzufügen. Die sozialistischen Blätter Frankreichs haben nur vergessen zu sagen, daß unter der Vasallenregierung Syngman-Rhees Südkorea die Rolle eines USA-Aufmarschgebietes und militärischen Stützpunktes gegen die Sowjetunion und die Volksrepublik China zugeordnet ist, das Land gespalten und seiner Souveränität beraubt wurde. Wir haben die Stellung der sozialistischen Zeitungen hervor, weil sich die sozialdemokratische Presse in Westdeutschland in ihren Kommentaren in nichts von den bürgerlichen Zeitungen unterscheidet, die wenn sie von Südkorea sprechen, lügnarisch von einem „demokratischen Staat“ reden.

8 Millionen Franzosen haben unterschrieben

Die Unterschriftenkampagne für Stockholmer Beschlüsse des Weltfriedenskomitees in Frankreich erfolgreich

Paris. (EB) In Frankreich wurden bis jetzt mehr als 8 Millionen Unterschriften zur Aechtung der Atombombe gesammelt. Dies gab Charles Tillon auf der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs bekannt, das unter dem Vorsitz des greisen Arbeiterführers Marcel Cachin tagte.

Von den 8 Millionen Unterschriften wurden bei einer Bevölkerung von 47 800 000 Menschen allein 2 Millionen im Departement Seine gesammelt. Tillon berichtete daß 80 Länder der Erde in der Unterschriftensammlung für den Stockholmer Aufruf des Weltfriedenskomitees stehen. Er hob hervor, daß die Abgeordneten in der letzten Sitzung des Obersten Sowjets feierlich den Aufruf angenommen haben. Er unterstrich die Bedeutung der Erklärung der Kardinäle und Erzbischöfe in Frankreich gegen die Anwendung der Atomwaffe. Wörtlich sagte er: „Die Erklärung über die Verurteilung der Atomwaffe durch die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs muß als Ausdruck des immer größer werdenden Willens der Christen betrachtet werden, sich für den Aufruf von Stockholm zu bekennen.“

Charles Tillon schloß seine Rede mit der Aufforderung an alle Kommunisten, im

Kampf für die Unterzeichnung des Aufrufs von Stockholm unter allen Friedensfreunden an der Spitze zu stehen.

Entladung von Kriegsmaterial verweigert

Antwerpen. (EB) Die Hafenarbeiter von Antwerpen haben sich geweigert, ein Schiff mit amerikanischem Kriegsmaterial, das am 20. Juni in Antwerpen eingetroffen war, zu entladen. Die Regierung hat daraufhin Truppen zur Löschung des Kriegsmaterials eingesetzt.

Aktiver Friedenskampf in Frankreich

Paris. (EB) 2000 Friedenskämpfer haben in De Nain in Nordfrankreich eine Anzahl von Stahlbarren, die zur Herstellung von schweren Geschützen bestimmt waren, mit Güterwagen zu einem nahen Fluß gefahren und dort ins Wasser geworfen.

Wir werden den Frieden erzwingen

New York. (EB) „Wir werden nicht um den Frieden bitten oder nur für den Frieden

plädieren, wir müssen den Frieden erzwingen“, erklärte der bekannte amerikanische Schriftsteller Alba Bessy auf einer machtvollen Kundgebung in New York, die gegen die Verurteilung Bessys und weiterer sieben amerikanischer Schriftsteller und Filmregisseure wegen angeblicher „Mißachtung“ des Ausschusses zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung protestierte.

Führende Amerikaner unterschreiben Stockholmer Aufruf

Der Stockholmer Aufruf zur Aechtung der Atomwaffe wurde in den USA schon von einer Reihe einflußreicher Persönlichkeiten, von Wissenschaftlern, Erziehern und Geistlichen unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern gehören ein Dekan der Universität von Chicago, ein Professor der Universität Princeton, der in den Ruhestand getretene protestantische Bischof des Staates Utah und ein Wissenschaftler, der an der Herstellung der Atombombe mitwirkte, die auf Hiroshima abgeworfen wurde.

(Nach „Daily Worker“, New York)

Deutsche Jugend siegte in Bingen

Regierung von Rheinland-Pfalz leistet ausländischer Macht Hilfsdienste

Bingen. (EB) Im Widerspruch zu allen Auffassungen von Recht und persönlicher Freiheit hatte die französische Militärregierung die geplante Sonnenwendfeier und die große Friedenskundgebung der westdeutschen Jugend auf der Lorelei verboten. Wieder einmal waren Panzer aufgeföhren und Truppen mit Maschinengewehren und Maschinenpistolen aufboten worden, um die deutsche Jugend an der Bekundung ihres Friedenswillens zu hindern. Das gesamte Rheingebiet wimmelte von Agenten und Spitzeln, die versuchten, durch irreführende Auskünfte und falsche Nachrichten die deutsche Jugend in die französische Maschinengewehr hereinzutreiben. Daß ihnen das nicht gelang, ist der disziplinierten Haltung der deutschen Jugend zu verdanken, die das schmutzige Spiel rechtzeitig durchschaute und Mittel und Wege fand, dennoch ihre Feier abzuhalten.

Von Wesel bis Wiesbaden flammten in der Nacht von Sonntag zum Sonntag, weithin in deutsches Land grüend, die Friedensfeuer auf. In Geisenheim am Rhein hatten sich große Delegationen aus ganz Westdeutschland zusammengefunden, um im

Schein des Friedensfeuers eine eindrucksvolle Friedenskundgebung zu veranstalten. Trotz Verbots grüßte auch von der französischen besetzten linken Rheinseite ein Sonnenwendfeuer zur Friedenskundgebung herüber.

Wir wollen keinen Krieg

„Wir wollen Frieden und Freundschaft mit allen Völkern, Jugend aller Nationen vereinige dich, um den Kriegstreibern für immer das Handwerk zu legen und die Welt einer besseren und glücklicheren Zukunft entgegen zu führen“, das war der Sinn der großen Friedensfeier am Rhein, der Friedenskundgebung von Geisenheim und des improvisierten Kulturprogramms, das am nächsten Vormittag von allen Teilnehmern gemeinsam gestaltet abrollte.

„Nicht die französischen Jungens, nicht die britischen und amerikanischen und auch nicht die deutschen sollen noch einmal für die Interessen der Rüstungskönige auf den Schlachtfeldern der Welt verbluten. Wir wollen für unsere jeweilige Heimat leben und in Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Menschen der Welt den Frieden erhalten.“

Söldner gegen unbewaffnete Jugendliche

Den Abschluß der eindrucksvollen Friedensfeier von Geisenheim, sollte eine friedliche Wanderung zur Sankt Rochuskapelle, von der aus sich ein herrlicher Ausblick auf den deutschen Rhein bietet, sein. Voll Begeisterung und ohne jede böse Absicht hatte die deutsche Jugend in Geisenheim das Schiff bestiegen, um in Bingen an Land zu gehen, um von hier aus weiter zu wandern. Auf ausländischen Befehl stellte sich die deutsche Polizei den Jungens und Mädels entgegen, um sie mit Gewalt auf das Schiff zurückzutreiben. Sie wußten anscheinend nicht, daß sich die deutsche Jugend in Lübeck so wenig zwingen ließ wie in Helm-

Im Streiflicht gesehen

Ueberfall auf Taxichauffeur

Bielefeld. (dpa.) Am Sonntagabend wurde in Bielefeld ein Taxichauffeur von seinem Fahrgast überfallen. Der Fahrer erhielt einen Schlag mit einem eisernen Fünf-Kilo-Gewicht, das mit Packpapier umwickelt war. Auf die Hilfe des Fahrers hin flohen mehrere junge Leute zum Wagen. Der Täter hilt im Dunkeln unerkannt. Der Taxichauffeur wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert.

Untergang der „Kräftige Schlange“ bestätigt

Hamburg. (dpa.) Der Schiffsmediziner in Hamburg bestätigte, daß das Wikingerschiff „Kräftige Schlange“ gesunken ist. Nach seinen Informationen strandete das Fahrzeug am Sonntagmorgen in der Westküste der Nordseeinsel Pellworm in der Nähe von Tannenwald. Ein Leuchtturmwächter der Insel will einige Besatzungsmitglieder am Strand beobachtet haben, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Rettung von wenigstens einem Teil der 16 Mann starken Besatzung gerechnet werden kann.

Die „Kräftige Schlange“ war im vorigen Jahr mit einem Kostenaufwand von 40 000 Schweden-Kronen für die Weltsporthausstellung in Stockholm gebaut worden und gegenwärtig auf der Fahrt nach Paris.

Die Nachricht von Ueberlebenden hat sich nicht bestätigt.

Vier Tote auf der Autobahn

Köln. (dpa.) Vier Menschen wurden am Sonntag bei Automobilunfällen auf den Autobahnen in Nordrhein-Westfalen gestötet.

Auf der Autobahn Köln — Düsseldorf raste ein Personenkraftwagen aus Bochum mit voller Wucht auf einen Lastzug auf, an dem ein Reifenschaden repariert wurde. Der 23jährige Lenker des Wagens starb auf dem Weg ins Krankenhaus, während sein Mitfahrer auf der Stelle tot war. Der Fahrer soll übermüdet gewesen sein.

Zwei Todesopfer forderte auch ein Unglück bei der Auffahrt der Autobahn bei Wiedenbrück in Westfalen. Dort wurde ein Motorrad beim Ueberholen von einem Lastzug aus Berlin erfaßt und 40 Meter mitgeschleift. Beide Motorradfahrer wurden zu Boden geschleudert. Sie starben kurze Zeit danach an Schädelbrüchen. Der Lastwagen geriet durch den Zusammenprall von der Fahrbahn und fuhr in vollem Tempo auf einen Acker.

Tochter erschlägt Mutter und erhängt sich dann

Wetzlar. (dpa.) Die 37jährige Martha Keiner erschlug in Glasbach, Kreis Wetzlar, bei einem Familienstreit ihre 75jährige Mutter und erhängte sich danach. Zeugen berichten, daß der Streit um ein Schwein und den Schlüssel zur Mehlkammer entstanden war. Am Montag, zwei Tage nach der Mordtat, sollte ein Schiedsmann den Familienfrieden wieder herstellen.

„Go home Tommy!“ vor dem britischen Gericht

Junge deutsche Patrioten zu Gefängnisstrafen verurteilt

Hagen. (EB) Vom britischen Sondergericht in Hagen unter Vorsitz des höchsten englischen Richters der Zone, Mr. Inglis, wurden die Jugendlichen Gerd-Joachim Büttner, Gerd Jendrysk und Alfred Wiethe aus Herten wegen Begehung einer feindlichen Handlung gegen die alliierten Streitkräfte zu sechs bis neun Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Die angeklagten jungen Deutschen waren von Polizeibeamten dabei angetroffen worden, als sie an Mauern und Wänden und Straßen ihres Heimatortes Herten die Losungen malten, „Go home Tommy“ und „Nationale Front.“ Der junge Patriot Büttner erklärte im Zeugenstand, es liege im Inter-

esse der Besatzungsmächte, daß sie Deutschland verlassen. Als der englische Staatsanwalt ihn fragte, ob er durch seine Inschrift die deutsche Bevölkerung habe entflammen wollen, erklärte er: „Wir haben genug vom entflammen. Wir werden mit friedlichen Mitteln um unser Recht kämpfen.“ Danach befragt, ob die Nationale Front eine Untergrundbewegung sei, erklärte er stolz, „die Nationale Front hat das Licht nicht zu scheuen. Sie kämpft mit legalen Mitteln. Jeder anständige Deutsche wünscht sehnlichst den Abzug der Besatzungsmächte.“

Das britische Sondergericht war der Ansicht, daß die Inschriften geeignet seien,

die öffentliche Meinung gegen die Besatzungsmacht aufzubringen und die Tat der Jugendlichen eine feindliche Handlung bedeutet. Obwohl ein Vertreter des Jugendamtes sich sehr für die Jugendlichen einsetzte, wurde der angeklagte Büttner aus Abschreckungsgründen zu neun und die beiden übrigen Angeklagten zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Am Tage nach dem Prozeß waren die Treppen, Podeste und Wände des Hagener Gerichts mit der Losung „go home Tommy“ versehen. Das Ueberfallkommando, Gefängnis- und Gerichtsbeamte bemühten sich längere Zeit die Inschriften mit Salzsäure zu entfernen.

Amerikanisches Kapital dringt vor

Von Albert Staasch

Nach der Inflation von 1923 erfolgte in den Jahren 1924 bis 1930, ausgehend vom Dawes-Plan eine Kapital-Einfuhr nach Deutschland in Höhe von mehr als 25 Milliarden Reichsmark. Gas das eine Erleichterung für die Arbeiter? Nein. Die Arbeitszeit wurde verlängert. So z. B. wurde den Metallarbeitern in Rheinland-Westfalen die 54-Stunden-Woche aufgezwungen. Für die Bergarbeiter bestand nach dem Tarif die 7-Stunden-Schicht. Durch ein Mehrarbeitsabkommen wurden sie gezwungen, weiterhin 8 Stunden zu arbeiten. Die mit den Auslandskrediten eingeleitete Rationalisierung brachte eine Intensivierung der Arbeit mit sich, wofür das laufende Band ein Symbol war. Massen von Arbeitern und Angestellten flogen auf die Straße. Das war eine goldene Zeit für das deutsche Schwerkapital. Seine Macht, die 1918 zu einem Teil erschüttert worden war, konnte völlig wiederhergestellt werden.

Die Kapitalimporte haben nicht den deutschen Werktätigen, sondern nur den deutschen Monopolkapitalisten genutzt. Dieser Kapitalzufluß bereitete auch die katastrophale Wirtschaftskrise vor, die im Jahre 1929 begann. Der reaktionärste Teil des deutschen Monopolkapitals benutzte diese Zeit dazu, ihre nazistische Herrschaft aufzurichten.

Nach dem zweiten Weltkrieg, und besonders nach der Währungsreform, rufen die deutschen Monopolkapitalisten aufs Neue nach der Einfuhr von ausländischem Kapital — nach 1945 wurde der Kapital-Import von der Militärregierung verboten. Bereits vor einem Jahr versprach der damals amtierende amerikanische Militärgouverneur, General Clay, die unmittelbar bevorstehende Aufhebung des Kapitalimportverbotes. Am 15. Juni 1950 war es soweit. Die alliierte Oberkommission hat zur Aufhebung dieses Kapitalimportverbotes als erste Maßnahme eine Verordnung verfügt, deren wichtigste Punkte folgende sind:

1. Es dürfen Produktionsgüter, Rohstoffe, Halbfertigwaren und technische Ausrüstungen in das Bundesgebiet gebracht werden, deren Erlös in DM zu bezahlen ist. Diese DM-Beträge können dann in deutschen Wertpapieren, soweit sie an der Börse zugelassen sind und in Grundstücken angelegt werden.

2. Die Bank Deutscher Länder darf ausländische Valuten gegen DM aufkaufen. Diese DM-Beträge der ausländischen Gläubiger können in deutschen Werten angelegt werden.

3. Ausländische Gläubiger dürfen mit ihren deutschen Schuldnern Uebereinkommen zur Begleichung ihrer Forderung in DM abschließen. Die Erlöse aus diesen Abschlüssen dürfen nur in Deutschland ausgeben oder verwendet werden.

4. Grundbesitz und andere Vermögen in ausländischem Besitz darf gegen DM verkauft und an andere Ausländer gegen Valuta abgegeben werden. Es darf aber hierbei keine Umgehung der deutschen Devisenvorschriften stattfinden. Die Ansprüche des einen ausländischen Gläubigers gehen auf den anderen Gläubiger über, ohne daß diese Mittel aus Deutschland abfließen dürfen.

fen. Sie sind nur innerhalb Deutschlands verwendbar.

5. Guthaben von Ausländern in Deutschland dürfen zur Bestreitung von Reisekosten bis zu 200 DM pro Tag für eine Familie und 75 DM pro Person abgehoben werden. (Bisher konnten 35 DM pro Person und 75 DM pro Familie und Tag verbraucht werden.)

Alle oben angeführten Maßnahmen bedürfen selbstverständlich der Zustimmung alliierter Stellen, die auch die Ueberwachung beschlagnehmter Vermögen nach Gesetz 52 und 53 durchführt. Mit dieser Verordnung sind die Beschränkungen beseitigt, die dem Einströmen ausländischen Kapitals bisher im Wege standen und der erste und wichtigste Schritt zur erneuten Inbesitznahme von deutschen Werten durch das Auslandskapital ist gemacht. Der Ausverkauf Deutschlands kann stattfinden.

Die Kapitalimporte in den zwanziger Jahren haben die Bildung des größten europäischen Montan-Truists, der Vereinigten Stahlwerke AG., und 1926 die Bildung des europäischen Stahlkartells, der internationalen Rohstahlgemeinschaft, möglich gemacht. Die jetzt geplanten Kapitalimporte sollen die Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Europa auf einer viel höheren Stufenleiter als vor 25 Jahren in die Wege leiten. Aber wie die Kapitalimporte Ende der zwanziger Jahre die Wirtschaftskatastrophe und die Massenarbeitslosigkeit unvermeidbar gemacht haben, so werden auch die beabsichtigten Kapitalimporte nicht die sich abzeichnende Wirtschaftskrise aufhalten und die Arbeitslosigkeit verhindern, sondern, im Gegenteil, sie werden sie geradezu hervorrufen. Diese Kapitalimporte sollen benutzt werden, um eine gesteigerte Rationalisierung der Werke vorzunehmen. Das bedeutet für die Werktätigen der kapitalistischen Länder Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, für die industrielle Entwicklung eine Steigerung der Industriekapazität, die über die Absatzmöglichkeiten weit hinausgetrieben wird. Die Ueberforderung der westdeutschen Wirtschaft durch die Kapitalimporte bedeutet eine gesteigerte Abhängigkeit des westdeutschen Industrie- und Finanzkapitals von Amerika, aber keinen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Im Gegenteil, das Beispiel der zwanziger Jahre beweist, daß durch die Abhängigkeit vom Ausland zwangsläufig Westdeutschland in die Wirtschaftskrise hineingetrieben wird. Voraussetzung für einen gesunden wirtschaftlichen Aufstieg ist daher die Erringung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und finanzielle Unabhängigkeit Westdeutschlands, ist ein friedliebendes, einheitliches, unabhängiges und demokratisches Deutschland, denn dann werden wir unsere Wirtschaftsbeziehungen im Innern und nach Außen frei und nach demokratischen Grundsätzen gestalten können.

Das neue Polen verhandelt mit Frankfurt

Verstärkung des Osthandels unsere Rettung

Zur Zeit welen in Frankfurt die Vertreter der polnischen Volksrepublik, um mit den Wirtschaftsbehörden der westdeutschen Länder einen Handelsvertrag abzuschließen. Diese Tatsache zeigt die Bereitschaft des neuen Polens zur friedlichen Zusammenarbeit mit Westdeutschland.

Doch nicht nur Polen, sondern auch die Sowjetunion, China und die übrigen Länder der Volksdemokratien sind in steigendem Maße bereit, Fertigwaren, Maschinen und Verbrauchsgüter aus Deutschland, auch aus Westdeutschland zu beziehen. Und doch kommen Vertragsabschlüsse nur sehr schwer und nicht in der gewünschten Höhe zustande. Die Verantwortung dafür trägt neben den ausländischen Strategen des kalten Krieges die Adenauer-Regierung, die immer wieder diese für die westdeutsche Wirtschaft so notwendigen Abschlüsse verzögert und zustandegebrachte Abkommen sabotiert.

Westdeutsche Industrielle müssen oft sehr starke Widerstände bei der Regierung überwinden, um Verkäufe mit den ost- und südosteuropäischen Ländern zustande bringen zu können. Die Adenauer-Regierung verschweigt selbst der bürgerlichen westdeutschen Presse die Nachrichten über diese Verhandlungen westdeutscher Industrieller mit dem Osten. So mußte z. B. die „Stuttgarter Zeitung“ vom 21. Juni 1950 eine Meldung aus London übernehmen, um ihren westdeutschen Lesern sagen zu können, daß die Sowjetunion gegenwärtig mit Unternehmern der Rührindustrie über die Möglichkeit zur Stahllieferung im Werte von 10 Millionen Dollar verhandelt.

Das Wirtschaftsministerium der Adenauer-Regierung verschweigt sich scheinbar über alles aus, was den Export nach dem Osten verstärken könnte. Es sind schon wieder Wochen vergangen, seit die Nachricht durch die Presse ging, daß künftighin Lieferungen Westdeutschlands an China von den Besatzungsmächten nicht beanstandet würden. „Was macht der Wirtschaftsminister Erhard, um den Handel mit China in Gang zu bringen? Bekannt geworden ist bis heute noch nichts.“

Der Arbeitsminister Storch sollte, wenn er es ehrlich meint, mit seiner Arbeitsbeschaffung, seinen Ministerkollegen Erhard mehr zur Verantwortung ziehen, da dieser mit der Sabotage des Osthandels nur dazu beiträgt, daß 1,6 Millionen Arbeitslose nicht in Arbeit und Brot kommen.

Der Verzögerungstaktik des Ministers Erhard ist es zuzuschreiben, daß die Verhandlungen mit der polnischen Delegation immer noch nicht zu einem Abschluß gekom-

men sind, trotzdem die Volksrepublik Polen aus Westdeutschland für 35 Millionen Dollar Waren und sog ar in der Hauptsache gewerbliche Erzeugnisse abnehmen will und eine umfangreiche Liste an Agrarerzeugnissen angeboten hat. Sogar der westdeutschen Presse wird der Gang der Verhandlungen mit Polen scharf kritisiert. So schreibt z. B. die „Wirtschaftsrevue“ vom 21. Juni 1950:

„Die deutsche Ausfuhrwirtschaft hat erhebliche Exportwünsche nach Polen angemeldet, und man verfolgt deshalb in diesen Kreisen die Verhandlungen mit einiger Sorge.“

Die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik kennt nicht diese Sorgen; dort gibt es keine Behinderungen im Außenhandel. Dort sind die neuen Handelsabkommen mit der Sowjetunion und Polen bereits abgeschlossen. Eine Mission der Deutschen Demokratischen Republik, die auch den Auftrag hat, den Handel in Gang zu bringen, ist nach dem neuen China abgereist.

Die Erfolge dieser Handelspolitik werden nicht ausbleiben, und sie werden dazu beitragen, das Ziel des Fünfjahresplanes der Deutschen Demokratischen Republik, der am 1. Januar 1951 beginnt, zu erreichen und von dem Planungsminister Rau kürzlich schrieb: „Der Fünfjahr-Plan wird den Lebensstandard unseres Volkes über den jemals bisher erreichten Stand erhöhen.“

H. H.

Sowjetischer Protest bei Mc Arthur

Tokio. (EB) Im Auftrag des sowjetischen Mitglieds des alliierten Kontrollrates für Japan wurde am Samstag dem Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen in Japan, McArthur, ein Schreiben überreicht, das gegen die neuen Unterdrückungsmaßnahmen der amerikanischen Besatzungsmächte in Japan protestiert. Die kommunistische Partei Japans und andere demokratische Organisationen des Landes protestiert.

Zentralkomitee der KP Japan an den alliierten Kontrollrat

Tokio. (EB) Angesichts der Unterdrückungsmaßnahmen der USA-Besatzungsbehörden und der Regierung Yoshida gegen die kommunistische Partei Japans hat das provisorische Zentralkomitee der KP Japans eine Petition an den alliierten Kontrollrat

für Japan gerichtet. In der Petition wird der Rat ersucht, den Maßnahmen, die die japanische Regierung auf Grund eines Schreibens des Oberbefehlshabers der USA-Besatzungsbehörden gegen die Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Japans ergriffen hat, ernsthafte Aufmerksamkeit zu schenken.

„Ein Verbrechen gegen das deutsche Volk“

Eine Berichtigung

Wir brachten unter dieser Überschrift in unserer Ausgabe vom Samstag, dem 24. Juni 1950, Jahrgang 5, Nr. 142, einen Bericht über den Kartoffelkäferwurf in der DDR. Obwohl im Text auf den Bericht der Untersuchungskommission der Regierung der DDR Bezug genommen wird, worin es heißt, daß anglo-amerikanische Flugzeuge den Versuch unternommen haben, durch den Abwurf eines furchtbaren Schädlings ein ganzes Gebiet Deutschlands dem Hunger auszuliefern... ist die Überschrift des Artikels die heißt „Eindeutiger Beweis für den Abwurf von Kartoffelkäfern über der Deutschen Demokratischen Republik durch amerikanische Flugzeuge“ sachlich unrichtig.

Presseverband Baden gegen Zeitungsverbot

Baden-Baden. Die am Samstag in Baden-Baden zu ihrer zweiten ordentlichen Jahreshauptversammlung erschienenen Mitglieder des Deutschen Presseverbandes Baden (französische Zone) wandten sich in zwei Entschlüssen gegen Beschränkungen der Pressefreiheit durch deutsche oder alliierte Behörden. Ein zum Verbot von „Unser Tag“ eingebrachter Resolutionsentwurf wurde zum Ausgangspunkt genommen, um den Landesvorstand des Presseverbandes zu beauftragen, über den Deutschen Journalistenverband der Westzonen bei der Alliierten Höhen Kommission zu erreichen, daß Zeitungsverbote zukünftig nicht mehr ausgesprochen werden. Eine andere Entschlüsselung richtete sich gegen die Beschränkung der Pressefreiheit durch die vom Bonner Kabinett vorgeschlagene Strafrechtsnovelle, die empfindliche Strafen für eine kritische Berichterstattung über schwebende Gerichtsverhandlungen vorsieht. Beide Entschlüssen wurden bei einigen wenigen Stimmenthaltungen ohne Gegenstimmen von der Mehrheit der versammelten 88 Journalisten angenommen.

Sowjetunion gibt Finnland Arbeit und Brot

Ein Beweis sowjetischer Friedenspolitik

Die Behandlung, die die Sowjetunion Finnland angedeihen läßt, ist einer unter den vielen Beweisen dafür, daß die Sowjetunion mit allen Ländern in Frieden leben will und die Souveränität aller Völker achtet, gleichgültig, welches innere Regime sie haben. Obwohl Finnland keine Volksdemokratie ist, hat sich die Sowjetunion streng an den Friedensvertrag mit diesem Lande gehalten und ist ihm mit der Zahlung von Reparationen genau so entgegen gekommen, wie den Volksdemokratien Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

Vor wenigen Tagen hat die Sowjetunion ein langfristiges Handelsabkommen mit Finnland abgeschlossen, das einen Warenaustausch im Werte von 230 Millionen Rubel für 1950 mit einer Steigerung bis auf 320 Millionen Rubel im Jahre 1955 vorsieht. Finnland wird der Sowjetunion Papier, Holz, transportierbare Holzhäuser, Schiffe, Maschinen und Metallwaren liefern und erhält dafür in diesem Jahre allein 110 000 Tonnen Weizen, sowie Benzin, Oel, Düngemittel, Chemikalien, Autos, Spezialmaschinen und verschiedene Rohmaterialien für seine Industrie. Der finnische Ministerpräsident Kekkonen, ein konservativer Politiker, der mit einer Delegation zum Abschluß dieses Handelsvertrages in Moskau weilte, erklärte vor seiner Abreise, daß Finnland das größte Handelsabkommen seiner Geschichte abgeschlossen hat, das Zehntausenden finnischer Arbeiter Arbeit und Brot geben wird.

Zweifelloos würde es die Sowjetunion lieber sehen, wenn auch das finnische Volk schon den Weg der Volksdemokratie beschritten hätte. Die Sowjetunion zwingt aber keinem Volk ein Staatsregime auf, und hat daher nicht, wie die Kriegstreiber prophezeien, Finnland unter Druck gesetzt, sondern im Gegenteil mit ihm einen günstigen Handelsvertrag abgeschlossen, wobei das Land neben jenen Rohstoffen, die es im Ueberfluß besitzt, vor allem seine Fertigwaren absetzen und dafür die dringend nötigen Lebensmittel und jene Rohstoffe erhält, die es selbst nicht besitzt.

Dieses Handelsabkommen sticht wohlthuend von den Verträgen ab, die die Marshallplan-Länder mit den USA abschließen mußten und in denen diese vor allem den Export von Rohstoffen, die sie für ihre Industrie brauchen und der Einfuhr von Fertigwaren, oft genug von solchen, die sie im

eigenen Lande im Ueberfluß erzeugen, zustimmen mußten. Es ist daher kein Wunder, daß das sowjetisch-finnische Handelsabkommen den Haß der Kriegstreiber hervorrief und der finnische Ministerpräsident, ähnlich wie der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gereke, mit Schmutz bespottet wurde. Die Freunde des Friedens sehen in diesem Abkommen aber einen eindeutigen Beweis für die Bereitwilligkeit der Sowjetunion, mit allen ihren Nachbarn in Freundschaft und in Frieden zu leben.

F. U.

DUD wirft mit Steinen, obwohl er im Glashaus sitzt

Berufene und unberufene Kritiker des Auslandes haben den Deutschen oft das Zeugnis eines politisch unreifen Volkes ausgestellt, das unfähig sei, eine demokratische Staatsordnung aus eigener Kraft auszubauen, schreibt der DUD, Pressediener der CDU/CSU. Das sei „wenig schmeichelhaft“ und „auch sachlich unrichtig“, wie die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gezeigt hätten. Man hätte „Drahtzieher“ und „Hetzpostel“ eine Schlappe zugefügt. Mithin also ist der Pressediener der CDU/CSU der Ansicht, daß es nicht mehr stimmt, daß die Deutschen ein politisch unreifes Volk seien, das eine demokratische Staatsordnung nicht aus eigener Kraft aufzubauen vermag.

Ob das wohl gegen den obersten Chef des DUD und den Parteipapst der CDU, Adenauer, geht? Er hat doch schon 1945 das Verbleiben der Besatzungsmächte in

Deutschland für einige Jahrzehnte gefordert, mit der Begründung, daß das deutsche Volk sich nicht selbst regieren könne. Kürzlich noch forderte doch Herr Adenauer sehr deutlich das Verbleiben der Besatzungsmächte, bis sich die Welt beruhigt habe. Ob er damit ein „berufener“ oder ein „unberufener“ Kritiker des Auslandes ist in der Einschätzung des DUD, das allerdings verriät dieser seinen „geheilten“ Lesern nicht. Ob DUD von Adenauer auch behaupten will, daß er sich als „Drahtzieher“ und „Hetzpostel“ betätigte, als er am 5. Mai 1950 im Bundestag noch in starken Worten von 1,5 Millionen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion sprach? Obwohl man schon offiziell in Westdeutschland wußte, daß es nur noch insgesamt 69 000 Vermißte und Kriegsgefangene in allen Ländern gab, im Osten und im Westen.

Die besten Ferienplätze für die Werktätigen

Erholungsstätten der tschechoslowakischen Volksrepublik gehören dem Volk

In der kapitalistischen Tschechoslowakei wurden nicht genügend Mittel bereitgestellt, um den Werktätigen während ihres Urlaubs eine wirkliche Erholung zu ermöglichen. Die Arbeiter erhielten zwar bezahlten Urlaub, doch die Unternehmer achteten sorgfältig darauf, daß ihre eigenen Riesengewinne nicht durch „Sonderausgaben“ geschmälert wurden. Die Erholungsplätze, Kurorte und Bäder befanden sich in den Händen privater Unternehmer und waren für die breiten Massen der Werktätigen nicht zugänglich. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters betrug im Jahre 1937 5400 Kcs jährlich, wovon er sich verständlicherweise einen Kuraufenthalt nicht leisten konnte. Ähnlich wie die Lage auch bei den Angestellten.

In den ersten Jahren nach der Befreiung durch die Sowjetunion war man auf dem Gebiet der Erholung der Werktätigen bestrebt, die schädlichen Folgen der kapitalistischen Herrschaft und der Besatzungszeit, die sich auch besonders auf die Gesundheit der Arbeiter ausgewirkt hatten, zu beseitigen und die Grundlagen zu neuen, sozialistischen Formen der Erholung der Werktätigen zu schaffen. Im Jahre 1945 hielten 4400 Erwachsene auf, im Jahre 1948 35 600 Erwachsene und 10 000 Jugendliche, im Jahre 1947 80 000 Erwachsene und 32 000 Jugendliche und im Jahre 1949 167 000 Erwachsene und 40 000 Jugendliche. Für die

dieser Aktion teil und im Jahre 1949 bereits 124 000 Kinder. In diesem Jahre werden 150 000 Kinder zur Erholung fahren, wobei die sich daraus ergebenden Unkosten bereits in die Vorausschläge der Nationalausschüsse mit einkalkuliert wurden. Es ist vorgesehen, am Ende des Fünfjahresplanes 300 000 Kindern entsprechende Erholungsmöglichkeiten zu bieten.

Im Zusammenhang mit dieser Kinder-Ferienaktion fallen auch den Jugendorganisationen eine ganze Reihe verantwortlicher Aufgaben zu. Sie müssen dafür sorgen, daß vortrefflich geschulte Erzieher für die Ferienlager bereitgestellt werden, die übrigen Mitglieder der Lagerverwaltungen die erforderliche Ausbildung erhalten und alle kulturellen und sportlichen Veranstaltungen genügend vorbereitet werden. In diesem Jahr werden die Kinder-Erholungsstellen auch von hervorragenden Schriftstellern, Künstlern, Sportsportlern, Neuerern der Arbeit und Stoßarbeitern besucht werden.

Diese umfangreichen Maßnahmen für die Erholung der Werktätigen und Kinder in der volksdemokratischen Tschechoslowakei werden dank der großen Arbeiterfolge der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Stoßarbeiter und Neuerer, durchgeführt werden. Diese Aktionen zeugen aber gleichzeitig von der großen Friedensliebe des tschechoslowakischen Menschen, der keine Mühe scheut, um seinem Volk das Leben zu verschönern und seine Gesundheit zu erhalten.

Einem besonders bedeutsamen Abschnitt in der Sozialpflege nimmt die Sorge um die Erholung der Kinder ein. Ihre Aufgabe ist es, der Einheitsschule bei der Erziehung der Kinder zu neuen, sozialistischen Menschen zu helfen und in freudiger und glücklicher Umgebung die Persönlichkeit des Kindes harmonisch nach allen Seiten hin zu entwickeln. In der Zeit der ersten Republik erreichte die Kinder-Ferienplatzaktion im Jahre 1937 ihren Höhepunkt, als 41 000 Kinder und 6590 Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren zur Erholung geschickt wurden. Der staatliche Zuschuß zu dieser Aktion betrug damals 500 000 Kcs, also rund 3 Prozent der Gesamtausgaben.

Im Jahre 1945 nahmen 31 000 Kinder an

Im Kampf gegen die rechten Führer die Einheit von unten festigen

Zur Lage in den westdeutschen Gewerkschaften / Von Willy Schulz

Nachstehend veröffentlichen wir einen Artikel aus dem Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“, der angesichts zweier Vorkommnisse in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung besondere Bedeutung gewinnt und sich mit der Haltung des Bundesvorstandes des DGB und der rechten Gewerkschaftsführer beschäftigt.

Die erste Tatsache: Entgegen den Beschlüssen des Bochumer Katholikentages der sich für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben entschied, hat kürzlich Papst Pius, der sich immer enger den amerikanischen Finanzkreisen verbindet, gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben Stellung genommen. Welches ist nun die Stellungnahme des westdeutschen Gewerkschaftsbundes zu dieser offen arbeitgeberfeindlichen, sogar die Katholiken brüskierenden Haltung des Papstes? Das westdeutsche Gewerkschaftsorgan „Welt der Arbeit“ verurteilt den Papst nicht — es entschuldigt ihn. Er hätte, heißt es, „unter dem Eindruck der radikalen Tendenzen der Gewerkschaftsbewegung der romanischen Länder“ gehandelt. Im übrigen wird die Haltung des Papstes gebilligt.

Mit dieser Haltung unterstützen die rechten Gewerkschaftsführer Westdeutschlands nicht nur weisungsgemäß das Unternehmertum. Sie machen sich einer besonderen Niederträchtigkeit dadurch schuldig, daß sie den katholischen Mitgliedern des westdeutschen Gewerkschaftsbundes, deren berechtigten Forderungen auf Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben fiel, — nun noch ihrerseits in den Rücken fallen. Mehr noch, sie versetzen einen heimtückischen Stoß solchen heldenhaft kämpfenden Gewerkschaftlern anderer Länder, wie z. B. den italienischen Landarbeitern, die sich in einer schweren Auseinandersetzung um den — zum großen Teil ungenutzten — Grund und Boden der italienischen Grundbesitzer befinden.

Die zweite Tatsache: Junge Gewerkschafter in Düsseldorf haben, weil sie nicht noch einmal ins Massengrab geführt werden wollen, gegen das öffentliche Auftreten von Hitlers ehemaligem Panzergeneral von Manteuffel protestiert und die Durchführung der dafür vorgesehenen öffentlichen FDP-Kundgebung verhindert. Die rechten Gewerkschaftsführer des DGB — nicht genug damit, daß sie durch ihre Politik das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland billigten und ermöglichten — distanzieren sich nun in einer offiziellen Erklärung öffentlich von den tapferen jungen Mitgliedern des DGB. Als Entschuldigung gegenüber ihren Brotherrn (und ohne es zu bemerken, zum Ruhme der FDJ) behaupten sie, „daß es hauptsächlich FDJler gewesen sind, die das öffentliche Auftreten dieses Panzergenerals verhinderten“.

Die Bürokratie gegen die Friedenskämpfer

Stärker als die Hinterhältigkeit der rechten westdeutschen Gewerkschaftsführer ist der Wille der Betriebsarbeiter zum Kampf um Frieden zum Kampf um die Verbesserung ihrer sozialen Lage. Immer zahlreicher werden die Beispiele des aktiven Widerstandes gegen die imperialistischen Versuche, aus Westdeutschland erneut eine Rüstungsschmiede für den dritten Weltkrieg zu machen. Immer zahlreicher sind auch die Fälle, wo sich die Betriebsarbeiter unter Führung fortschrittlicher Gewerkschaftsfunktionäre gegen die Unternehmer auflehnen, gegen Lohnabbau und verschärfte Ausbeutung zur Wehr setzen.

Einige Tatsachen: Aus Anlaß der Demonstration der Krupp-Werke, Essen, bildete sich ein Widerstandskomitee, das getragen wurde von der Belegschaft, und das die Durchführung einer Protestkundgebung gegen die Demonstration forderte. Der Hauptvorstand der IG Metall gab darauf ein Plakat und Flugblatt heraus: Das Komitee hat keinen gewerkschaftlichen Auftrag, in der Demonstrationstätigkeit tätig zu sein, aus diesem Grund hat der Hauptausschuß der IG Metall die Durchführung einer von den Kruppischen Vertrauensleuten geforderten öffentlichen Kundgebung untersagt. Der Ortsvorstand der Verwaltungsstelle Essen ein fortschrittlicher Gewerkschaftskollege Mitglied der Verteidigungskomitees, wurde unter Druck gesetzt, dieses Plakat und Flug-

Es lebe die Freundschaft der deutschen und französischen Arbeiterklasse

Auszüge aus der Erklärung der CGT und des FDGB über die gemeinsame Verteidigung des Friedens

Die sicherste Friedensgarantie

„Wir sind der Auffassung, daß eine Aktion der französischen und deutschen Werktätigen auf einer gemeinsamen Basis die sicherste Garantie wäre, um dauerhafte, friedliche Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volk herzustellen. Diese gemeinsame Aktion müßte zum Ziel haben, in beiden Ländern alle Kriegursachen zu beseitigen, die den Tod von Millionen Männern und Frauen herbeiführten. Invasionen und unendliches Elend gebracht haben ...“

Frankreich und Westdeutschland als Kriegs-

„Diese Aktion erweist sich als so notwendig und dringender, weil die imperialistischen Staaten unter Führung der amerikanischen Monopolkapitalisten das französische und das westdeutsche Territorium als Aggressionsbasis für einen neuen imperialistischen, gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien gerichteten Krieg ausbauen ...“

Der Gruß der französischen Arbeiterklasse

„Die Vertreter der CGT Frankreichs begrüßen die Errichtung und die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik. Ihre Gründung verstärkt das Weltfriedenslager, da in der Deutschen Demokratischen Republik alle Wurzeln des Faschismus und des Imperialismus unbarmherzig entfernt und die Grundlagen des deutschen Militarismus

zerstört wurden, wobei das Potsdamer Abkommen loyal eingehalten wird ...“

„Die deutsche Arbeiterklasse begrüßt die Vertreter des FDGB begrüßen den Kampf des französischen Volkes für eine Regierung der demokratischen Einheit, die den Staat von den französischen und amerikanischen Trübschreibern, diesen Kriegstreibern, befreien würde, die dem französischen Volk und der französischen Nation die Erlösung von der Fremdherrschaft Frankreichs seine Unabhängigkeit, seine Freiheit, seine wirtschaftliche Entwicklung sichern und es in das Lager der friedliebenden Nationen führen würde ...“

Gemeinsame Aktion gegen den gemeinsamen Gegner

„Wenn das deutsche und das französische Volk in der Verwirklichung dieser Ziele einen vollen Erfolg erringen, werden sie die friedliche Nachbarschaft beider Länder endgültig herstellen und dazu beitragen, einen großen Schlag gegen die Pläne der Kriegstreiber zu führen. Deshalb betrachten es die französischen und die deutschen Gewerkschaften als eine ihrer Aufgaben, eine gemeinsame Aktion des französischen und deutschen Proletariats gegen die gemeinsamen Gegner dieser demokratischen und friedliebenden Politik durchzuführen, gegen diese Gegner, die sich sowohl in dem Bonner Protektorsstaat als auch in den augenblicklich führenden Kreisen von Paris befinden ...“

zentigen Erhöhung wurde ein Lohnabbau der aus der überwiegenden Zahl der Schächte bewiesen werden kann. Die Gewerkschaft wäre verpflichtet, den Kampf zu führen, statt dessen wurden Kollegen, z. B. auf dem Streik der Schachtanlage Achenbach, die in der Abwehr dieser Maßnahmen, in einen Sitzstreik traten, entlassen. Jeder Gewerkschafter weiß, daß gegen den Willen der Gewerkschaften niemand entlassen werden könnte. Das gleiche erfolgte beim Streik von Stein V, Marl. Dort wurden 18 Kollegen gemäßigt. Gegen die gesamte Streikleitung und einige Streikposten läuft ein Ausschlußverfahren aus der Gewerkschaft, desgleichen gegen eine Reihe von Betriebsräten anderer Schachtanlagen, die eine Solidaritätsaktion für Stein V in ihren Betrieben befristeten. Weiter gegen Betriebsräte der Werften, die sich für den Frieden einsetzten, usw.

Desgleichen setzt ein Kesseltreiben gegen die FDJ ein. Der Bundesvorstand des DGB beschloß, jegliche Zusammenarbeit der FDJ mit der Gewerkschaftsjugend zu un-

verbinden. Funktionäre, die sich gegen die Antisowjethetze und die Hetze gegen die Kommunisten in Gewerkschaftsversammlungen wenden, werden ihrer Funktion enthoben. So wurde der Kollege Squar, Bezirkssekretär der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Nordrhein-Westfalen, aberufen, weil er sich als Versammlungsleiter in einer Mitgliederversammlung solche Hetze vertrat.

Das Kampfbündnis der deutschen und französischen Arbeiter

Ein historischer Schritt im Friedenskampf der beiden Völker

Der Verständigung der Aggressoren steht die Verständigung der französischen und deutschen Arbeiterklasse gegenüber. Das Eingeständnis der französischen Kriegstreiber hinsichtlich der Unterminierung des Lorelei-Felsens und der Rheinstraße zeigt, wie weit die Kriegsvorbereitung gediehen ist. Aber die Kraft ist bereits da, die sich den Kriegstreibern entgegenstellt, sie kommt in dem Aktionsplan auf internationaler Grundlage zum Ausdruck. Das internationale Abkommen der Hafenarbeiter, das die Verhinderung der Entladung und Beladung von Kriegsmaterialien vorsieht, war der erste Schritt. Dem Aggressionsplan der Reaktion stellt das Friedenslager seiner Offensivkraft gegenüber.

Die Erklärung unterstreicht die führende Rolle der Sowjetunion im Lager des Friedens und die Bedeutung der Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik als Basis eines einheitlichen demokratischen Deutschlands. Während die Reaktionäre Frankreichs die Herausreibung der Ruhr und der Saar billigen und der Schwächung der deutschen Schwerindustrie durch die Konkurrenzdemontagen zustimmen, begrüßen die Vertreter der CGT die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und wünschen dem deutschen Volk schnelle Erfolge in der demokratischen Entwicklung ihrer Friedenswirtschaft. Im Interesse der Werktätigen wünschen sie auch die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit in ganz Deutschland. Der FDGB wird alles tun, die westdeutschen Arbeiter in ihrem schweren Kampf zu unterstützen.

Es ist anzunehmen, daß der Vorsitzende des DGB, Boeckler, das bedeutsame Doku-

ment eines Aktionsplans der französischen und deutschen Arbeiterschaft der westdeutschen Bevölkerung genau so zu unterschlagen sucht, wie er es mit dem Aufruf des FDGB an den DGB über die Durchführung einer gemeinsamen Aktion zur Aechtung der Atombombe getan hat. Es wird indessen dafür gesorgt werden, daß jeder Arbeiter in Westdeutschland erfährt, daß die Vertreter der CGT und des FDGB einen konkreten Vierpunktplan über die durchzuführenden Aktionen der deutschen und französischen Arbeiterschaft unterbreitet haben. In seinem Mittelpunkt steht die Verteidigung und Erhaltung des Friedens, wozu der Kampf gegen das Verladen und Entladen von Kriegsmaterial gehört, die Teilnahme an der Unterschriftenammlung für den Stockholmer Aufruf gegen die Atombombe, die Vorbereitung und Popularisierung des zweiten Weltfriedenskongresses, der Kampf gegen den Schumanplan, der ein Plan der Kriegsvorbereitung unter dem Kommando der amerikanischen Imperialisten ist. Die Vertreter der CGT und des FDGB beschließen, alles zu tun, um dieses Aktionsprogramm durchzuführen, zwischen der deutschen und französischen Arbeiterschaft enge Beziehungen herzustellen, einen ständigen Erfahrungsaustausch und gemeinsame Beratungen nach Maßgabe des Notwendigen durchzuführen. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Appell der Aktionseinheit der französischen und deutschen Arbeiterschaft mit großer Begeisterung aufgenommen und in die Tat umgesetzt wird.

Die Aktionseinheit der deutschen und französischen Arbeiterschaft wird dazu beitragen, die Pläne der Kriegstreiber zum Scheitern zu bringen.

Bereit zu gemeinsamem Friedenskampf

Ein Antwortbrief der westdeutschen IG Druck und Papier an den Bruderverband des FDGB

Nachdem der Bundesvorstand des FDGB der Deutschen Demokratischen Republik am 10. Mai 1950 einen Brief an den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf gesandt hatte, indem er ihn aufforderte, sich in einer gemeinsamen Erklärung beider Vorstände an die UN zu wenden, sandte der Zentralvorstand der IG Graphisches Gewerbe der Deutschen Demokratischen Republik einen Brief an den Vorstand der IG Druck und Papier in Westdeutschland.

In diesem Brief werden die gleichen Forderungen nach dem Verbot der Atomwaffe, der Einführung einer strengen internationalen Kontrolle und der Aechtung der Regierung, die die Atomwaffe anwendet, ausgesprochen, wie in dem Brief des Bundesvorstandes.

Der Zentralvorstand der IG Graphisches Gewerbe erhielt daraufhin vom Vorstand der IG Druck und Papier in Westdeutschland ein Antwortschreiben, in dem der Empfang des Schreibens bestätigt wird. Es heißt darin, u. a.: „Wir sind uns einig mit Euch, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft in erster Linie daran interessiert sein muß, sich für die Schaffung und Erhaltung des Völkerfriedens einzusetzen.“

Wir sind mit Euch der Meinung, daß das graphische Gewerbe mit seinen Publikationsmöglichkeiten über ein wirksames Mittel der Massenbeeinflussung verfügt. Wie

und in welcher Weise diese besondere verantwortliche Stellung des graphischen Gewerbes durch unsere Arbeitnehmerschaft im Interesse des Friedens einzusetzen ist, kann jedoch nur im Gesamtrahmen einer gewerkschaftlichen Friedensaktion zur Geltung gebracht werden.

Sollte sich aus der Stellungnahme des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Notwendigkeit einer Erörterung spezieller Aufgaben ergeben, dürfte es nicht schwierig sein, geeignete Wege zum gemeinsamen Vorgehen festzulegen. Wir halten es also für notwendig, daß zunächst einmal die Stellungnahme unseres Bundesvorstandes vorliegt, ehe wir uns in der von Euch vorgeschlagenen Form über eventuelle Maßnahmen, die das graphische Gewerbe betreffen, verständigen.

Millionen Dollar für Büromaschinen

Innerdeutscher Handel wird vernachlässigt / Unverantwortliche Einfuhrpolitik

Trotz der großen Möglichkeiten, die der innerdeutsche Handel bietet, wird die Einfuhr von Büromaschinen aus dem Ausland, insbesondere den USA, laufend gesteigert. Der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Büromaschinenimporteure Walter Schürmann erklärte auf der Jahreshaupttagung dieser Vereinigung in Bad Neuenahr, bis jetzt seien in diesem Jahr 4 Millionen Dollar gegenüber 2,65 Millionen Dollar im

Jahre 1949 für Büromaschinen aus den USA aufgewendet worden. Dieser Betrag würde sich noch um einige Millionen erhöhen.

Aber dessen nicht genug. Auch die Schweiz liefert monatlich für etwa 100 000 Dollar Büromaschinen nach Westdeutschland, Schweden liefert für 50 000 Dollar, Italien und Frankreich für je 20 000 Dollar pro Monat.

Es wird also eine Einfuhrpolitik betrieben, die im größten Widerspruch zu den wahren wirtschaftlichen Interessen Westdeutschlands steht. Büromaschinen gehörten seit jeher zu den Exportwaren Deutschlands, die in der ganzen Welt durch ihre Qualität bekannt waren. Heute ist es lediglich die Deutsche Demokratische Republik, die durch ihre Ausfuhr von Fertigwaren, darunter auch Schreibmaschinen, eine gesunde deutsche Wirtschaftspolitik entwickelt.

Die einseitige Handelspolitik in Westdeutschland bringt durch die „Liberalisierungsmaßnahmen“ der Adenauer-Regierung eine zunehmende Überschwemmung der Westzonen mit amerikanischen Waren, während immer größere Kreise der west-

deutschen Industrie vor Absatzschwierigkeiten stehen. Die verstärkte Einfuhr von ausländischen Büromaschinen wird sich letztenendes auch unheilvoll für die westdeutsche Fabrikation auswirken. Die Entwicklung des innerdeutschen und des Osthandels ist der einzige Weg zur Wiedererringung eines freien, unabhängigen Handels.

Kampf den Kriegsvorbereitern!

deutschen Industrie vor Absatzschwierigkeiten stehen. Die verstärkte Einfuhr von ausländischen Büromaschinen wird sich letztenendes auch unheilvoll für die westdeutsche Fabrikation auswirken. Die Entwicklung des innerdeutschen und des Osthandels ist der einzige Weg zur Wiedererringung eines freien, unabhängigen Handels.

... die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erleichtern.“

„Kommt her zu mir alle ...“



industrie Westeuropas einsetzen, daß sie sich anbiern, die Gesamtgewerkschaftsbewegung dafür zu gewinnen. Auf dieser Ruhrkonferenz wurden gleichzeitig alle Phrasen der Sozialisierung aufgehoben, indem man eine „paritätische Mitarbeit“ der Gewerkschaften in diesem europäischen Kriegskonzern befürwortete.

Die Rolle der rechten Gewerkschaftsführer

Auf Grund dieser wenigen Beispiele erhebt sich die Frage, in welchem Auftrage handeln die rechten Gewerkschaftsführer bzw. wodurch wird die Handlung dieser Gewerkschaftsführer bestimmt? Am 23. Mai fand in Düsseldorf eine zweitägige Ruhrkonferenz der Gewerkschaftspalmer-Internationale statt. In dieser Konferenz wurde eindeutig klargestellt, daß sich die rechten Gewerkschaftsführer für die Förderung der Bildung von Riesenkonzernen der Schwer-

All diese Handlungen der rechten Gewerkschaftsführer wurden nicht von der Mitgliedschaft gutgeheißen, viel weniger hatten sie von ihr den Auftrag. Den einfachen Mitgliedern scheint die Haltung der rechten Gewerkschaftsführer unverständlich. Sie verfallen darum in eine entweder gewerkschaftsfeindliche oder eine gleichgültige Haltung gegenüber dem Kampf der Gewerkschaften, sie ziehen sich zurück und überlassen somit der Gewerkschaftsführung freie Hand für ihr Treiben. Andererseits erhebt sich immer stärker die Frage, warum dieser Feldzug gegen die fortschrittlichen Gewerkschaftler? Die Haltung der rechten Gewerkschaftler ist die Auswirkung des immer stärker werdenden Kontrastes zwischen den Interessen der Werktätigen, der wachsenden Entschlossenheit, für diese Interessen zu kämpfen, und der Politik der rechten Gewerkschaftsführer, die in Hörigkeit zu ihren Kolonialherren stehen. Der Widerspruch zwischen ihren phrasenhaften Lösungen und ihren Handlungen wird immer krasser. Unter diesem absoluten Führungsanspruch dieser Böckler, Fischer, Reuter usw. entwickelt sich in vielfältigen Anfängen die Aktionseinheit aller Gewerkschafter in den Betrieben.

Das Kampfbündnis der deutschen und französischen Arbeiter

Ein historischer Schritt im Friedenskampf der beiden Völker

Der Verständigung der Aggressoren steht die Verständigung der französischen und deutschen Arbeiterklasse gegenüber. Das Eingeständnis der französischen Kriegstreiber hinsichtlich der Unterminierung des Lorelei-Felsens und der Rheinstraße zeigt, wie weit die Kriegsvorbereitung gediehen ist. Aber die Kraft ist bereits da, die sich den Kriegstreibern entgegenstellt, sie kommt in dem Aktionsplan auf internationaler Grundlage zum Ausdruck. Das internationale Abkommen der Hafenarbeiter, das die Verhinderung der Entladung und Beladung von Kriegsmaterialien vorsieht, war der erste Schritt. Dem Aggressionsplan der Reaktion stellt das Friedenslager seiner Offensivkraft gegenüber.

Die Erklärung unterstreicht die führende Rolle der Sowjetunion im Lager des Friedens und die Bedeutung der Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik als Basis eines einheitlichen demokratischen Deutschlands. Während die Reaktionäre Frankreichs die Herausreibung der Ruhr und der Saar billigen und der Schwächung der deutschen Schwerindustrie durch die Konkurrenzdemontagen zustimmen, begrüßen die Vertreter der CGT die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik und wünschen dem deutschen Volk schnelle Erfolge in der demokratischen Entwicklung ihrer Friedenswirtschaft. Im Interesse der Werktätigen wünschen sie auch die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit in ganz Deutschland. Der FDGB wird alles tun, die westdeutschen Arbeiter in ihrem schweren Kampf zu unterstützen.

Es ist anzunehmen, daß der Vorsitzende des DGB, Boeckler, das bedeutsame Doku-

ment eines Aktionsplans der französischen und deutschen Arbeiterschaft der westdeutschen Bevölkerung genau so zu unterschlagen sucht, wie er es mit dem Aufruf des FDGB an den DGB über die Durchführung einer gemeinsamen Aktion zur Aechtung der Atombombe getan hat. Es wird indessen dafür gesorgt werden, daß jeder Arbeiter in Westdeutschland erfährt, daß die Vertreter der CGT und des FDGB einen konkreten Vierpunktplan über die durchzuführenden Aktionen der deutschen und französischen Arbeiterschaft unterbreitet haben. In seinem Mittelpunkt steht die Verteidigung und Erhaltung des Friedens, wozu der Kampf gegen das Verladen und Entladen von Kriegsmaterial gehört, die Teilnahme an der Unterschriftenammlung für den Stockholmer Aufruf gegen die Atombombe, die Vorbereitung und Popularisierung des zweiten Weltfriedenskongresses, der Kampf gegen den Schumanplan, der ein Plan der Kriegsvorbereitung unter dem Kommando der amerikanischen Imperialisten ist. Die Vertreter der CGT und des FDGB beschließen, alles zu tun, um dieses Aktionsprogramm durchzuführen, zwischen der deutschen und französischen Arbeiterschaft enge Beziehungen herzustellen, einen ständigen Erfahrungsaustausch und gemeinsame Beratungen nach Maßgabe des Notwendigen durchzuführen. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Appell der Aktionseinheit der französischen und deutschen Arbeiterschaft mit großer Begeisterung aufgenommen und in die Tat umgesetzt wird.

Die Aktionseinheit der deutschen und französischen Arbeiterschaft wird dazu beitragen, die Pläne der Kriegstreiber zum Scheitern zu bringen.

Millionen Dollar für Büromaschinen

Innerdeutscher Handel wird vernachlässigt / Unverantwortliche Einfuhrpolitik

Trotz der großen Möglichkeiten, die der innerdeutsche Handel bietet, wird die Einfuhr von Büromaschinen aus dem Ausland, insbesondere den USA, laufend gesteigert. Der Vorsitzende der Vereinigung deutscher Büromaschinenimporteure Walter Schürmann erklärte auf der Jahreshaupttagung dieser Vereinigung in Bad Neuenahr, bis jetzt seien in diesem Jahr 4 Millionen Dollar gegenüber 2,65 Millionen Dollar im

Jahre 1949 für Büromaschinen aus den USA aufgewendet worden. Dieser Betrag würde sich noch um einige Millionen erhöhen.

Aber dessen nicht genug. Auch die Schweiz liefert monatlich für etwa 100 000 Dollar Büromaschinen nach Westdeutschland, Schweden liefert für 50 000 Dollar, Italien und Frankreich für je 20 000 Dollar pro Monat.

Es wird also eine Einfuhrpolitik betrieben, die im größten Widerspruch zu den wahren wirtschaftlichen Interessen Westdeutschlands steht. Büromaschinen gehörten seit jeher zu den Exportwaren Deutschlands, die in der ganzen Welt durch ihre Qualität bekannt waren. Heute ist es lediglich die Deutsche Demokratische Republik, die durch ihre Ausfuhr von Fertigwaren, darunter auch Schreibmaschinen, eine gesunde deutsche Wirtschaftspolitik entwickelt.

Die einseitige Handelspolitik in Westdeutschland bringt durch die „Liberalisierungsmaßnahmen“ der Adenauer-Regierung eine zunehmende Überschwemmung der Westzonen mit amerikanischen Waren, während immer größere Kreise der west-

deutschen Industrie vor Absatzschwierigkeiten stehen. Die verstärkte Einfuhr von ausländischen Büromaschinen wird sich letztenendes auch unheilvoll für die westdeutsche Fabrikation auswirken. Die Entwicklung des innerdeutschen und des Osthandels ist der einzige Weg zur Wiedererringung eines freien, unabhängigen Handels.

Kampf den Kriegsvorbereitern!

deutschen Industrie vor Absatzschwierigkeiten stehen. Die verstärkte Einfuhr von ausländischen Büromaschinen wird sich letztenendes auch unheilvoll für die westdeutsche Fabrikation auswirken. Die Entwicklung des innerdeutschen und des Osthandels ist der einzige Weg zur Wiedererringung eines freien, unabhängigen Handels.

... die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erleichtern.“

„Kommt her zu mir alle ...“



Unsere Leser schreiben:

Ein Betriebsratsvorsitzender greift zu Prügelmethoden

Grenzach. Wohl die meist diskutierte Frage der Gegenwart ist die Aufgabenstellung der Betriebsräte in der Wirtschaft. Ueber den Weg des Mitbestimmungsrechtes soll die bestimmte schwierige Lage der schaffenden Menschen an ihrer Arbeitsstelle verbessert werden.

Für diese Aufgabe gilt es, alle werktätigen Menschen zu gewinnen. Insbesondere die dem heutigen Wirtschaftsgeschehen noch fern stehende Jugend. Ob aber die Art und Weise, wie es der Betriebsratsvorsitzende des Chemie-Betriebes Hoffmann La Roche in Grenzach, der Gewerkschaftskollege Bauer anfaßt, die richtige ist, muß man sehr in Zweifel stellen. Kollege Bauer, der kein Neuling in der Arbeiterbewegung ist und in der Naturfreundebewegung eine führende Rolle spielt, hat dieser Tage ein Exempel in der Durchführung seiner Aufgaben gegeben, das zeigt, wie man es nicht machen soll.

Ein jugendlicher Arbeitskollege, der nicht gerade unberechtigtweise einer Flüchtlingsfrau gegenüber sich zu einer Aeußerung hinreißen ließ, die an für sich nicht gerade geeignet war, die Zusammengehörigkeit der Einheimischen mit den Flüchtlingen zum Ausdruck zu bringen, wurde dieserhalb von dem Betriebsratsvorsitzenden Bauer zur Rede gestellt. Statt nun dem Jugendlichen das Unangebrachte vielleicht auch Ungebührliche seines Verhaltens der Flüchtlingsfrau gegenüber sachlich klar zu machen, griff der Kollege Bauer zum primitivsten Mittel, das in einem solchen Fall zur Verfügung steht und schlug dem Jungen ins Gesicht.

Wir sind der Meinung, daß ein solches Verhalten absolut nicht dazu angetan sein kann, die Lücken und Fehler in der Jugenderziehung der letzten Jahre auszufüllen, sondern daß wir dabei Gefahr laufen, die Jugend von der Aufgabenstellung, wie sie sich die Gewerkschaften und damit die Betriebsvertretungen stellt, in Mißkredit zu bringen. Wir hoffen, daß nicht allzu viele Betriebsräte in der Gewinnung der Jugend diesen Weg beschreiten.

Ein Belegschaftsmitglied der Firma Hoffmann La Roche, Grenzach

78. Geburtstag

Lörrach. Der älteste Abonnent von „Unser Tag“ in Lörrach, Herr Karl Schröder, Kirchstraße 10, kann am Montag, dem 3. Juli, seinen 78. Geburtstag feiern. Dem Jubilär, der sich einer guten körperlichen Rüstigkeit und geistiger Frische erfreut und noch regen Anteil am politischen Tagesgeschehen und an unserer Presse nimmt, wünschen wir weiterhin einen gesunden und frohen Lebensabend.

Badischer Presseverband gegen Zeitungsverbote

Hauptversammlung des Deutschen Presseverbandes in Baden-Baden

Baden-Baden. Auf der zweiten ordentlichen Jahreshauptversammlung des deutschen Presseverbandes brachte das Redaktionskollektiv „UNSER TAG“, Freiburg, durch seinen Vertreter, Gen. Schäfer, einen Resolutionsentwurf ein, der nach einer längeren Diskussion dem Landesvorstand mit dem Auftrag der Hauptversammlung übergeben wurde, bei den alliierten Behörden zu erreichen, zukünftig Zeitungsverbote als administrative Maßnahmen auszuschließen. Der Resolutionsentwurf hat folgenden Wortlaut:

Durch gemeinsames Handeln den Frieden erhalten

Die auf der Hauptversammlung des Deutschen Presseverbandes Baden, (französische Zone) am 24. 6. 1950 in Baden-Baden anwesenden Journalisten sehen es als ihre wichtigste Aufgabe an, sich für den Frieden einzusetzen. Die heutige Hauptversammlung des Presseverbandes protestiert deshalb dagegen, daß eine Zeitung verboten wird, weil sie die drohende Kriegsgefahr aufgezeigt und gegen Kriegsvorbereitungen in unserem Lande Stellung nimmt, wie dies z. B. durch eine Veröffentlichung der Tageszeitung „Unser Tag“ in ihrer Ausgabe vom 31. Mai 1950 geschah. „Unser Tag“ hatte sich gegen die Herstellung von Panzerteilen eines Werkes in Zell im Wiesental gewandt, worauf die Zeitung durch die französische Hohe Kommission für 15 Tage verboten wurde.

In diesem Verbot, dem zweiten seit der Gründungsversammlung unseres Verbandes, wie auch dem parallel laufenden Verbot der Zeitung „Neues Leben“ in Rheinland-Pfalz, sehen wir Maßnahmen, die im schärfsten Gegensatz zu dem im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechten unseres Volkes stehen und auch von den Alliierten übernommenen Verpflichtungen widersprechen, zu einer demokratischen und friedlichen Entwicklung in Deutschland beizutragen.

Im Interesse einer friedlichen Zukunft unseres Volkes fordern wir volle Freiheit, die Bevölkerung über alles zu unterrichten, was den Frieden bedroht und andererseits geeignet ist, ihn zu erhalten.

Wir unterstreichen nochmals unseren Willen, gerade auch auf unserem Tätigkeitsgebiet mit dazu beizutragen, den Gedanken des gemeinsamen Handelns aller friedliebenden Menschen in der Bevölkerung unseres Landes zu vertiefen und dadurch die Erhaltung und Festigung des Friedens zu ermöglichen.

Panzerteile landen nicht in Schubfächern!

Der Vorsitzende des Badischen Presseverbandes, Dr. Gießler (Badische Zeitung) brachte, nachdem er festgestellt hatte, daß

jeder Teilnehmer der Versammlung im Besitze des Wortlauts der Erklärung war, zum Ausdruck, daß es zwar nicht Aufgabe der Hauptversammlung sein könne, sich jetzt mit Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen der Militärbehörden auseinanderzusetzen, daß sich aber der Landesvorstand des Verbandes mit der Resolution noch näher befassen möge, um geeignete Schritte ausfindig zu machen, die den angedeuteten Forderungen der Resolution gerecht werden können.

Daraufhin ergriff der Vertreter von UNSER TAG das Wort und erklärte u. a. „Ich möchte in Anbetracht des Ernstes, zu dem die Meldung über Kriegsvorbereitungen in unserem Lande Anlaß gibt, noch einmal unterstreichen, daß die Meldung, die U. T. am 31. Mai über die Herstellung von Panzerteilen in einem südbadischen Werk verbreitete, bisher noch von keiner deutschen oder alliierten Behörde dementiert wurde.“

Er ging dann noch einmal auf die bekannten Tatsachen ein, die zum Verbot von UNSER TAG führten und sagte: „Wir wandten uns gegen die Herstellung von Kriegsmaterial in unserem Lande, weil wir der Auffassung sind, daß Panzerteile gewöhnlich nicht in den Schubfächern irgendeines Betriebes landen!“ Er bat deshalb die Versammlung, dem Resolutionsentwurf beizustimmen.

Wir sind alle gegen administrative Zeitungsverbote

Herr Stark (Badische Zeitung) unter-

strich die Auffassung, daß wohl alle anwesenden Journalisten prinzipiell gegen administrative Verbote deutscher Zeitungen durch alliierte oder deutsche Behörden seien und daß Fälle, wie die jetzt vorgekommenen, zum Anlaß genommen werden sollten, um mit der Alliierten Hohen Kommission eine Abmachung zu treffen, die die Voraussetzungen, die zur Zeit für solche Verbote geltend gemacht werden, einer Ueberprüfung unterzieht. Der Resolution selbst könne er nicht zustimmen, da sie einer von ihm abzulehnen politischen Demonstration gleichkomme. Obwohl der Vertreter von UNSER TAG noch einmal die Notwendigkeit unterstrich, sich gerade seitens der Presse eindeutig für die Erhaltung des Friedens auszusprechen, blieben die Redner bei ihrer Stellungnahme, die vorgelegte Resolution nicht zum Anlaß zu nehmen, eine entsprechende Erklärung seitens der Hauptversammlung zu veröffentlichen. So wurde schließlich eine Erklärung bei 6 Stimmeneinhalten angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Hauptversammlung den vorgeschlagenen Resolutionsentwurf dem Landesvorstand zur Kenntnis bringe mit dem Auftrag, über den Deutschen Journalistenverband geeignete Schritte bei der Alliierten Hohen Kommission zu unternehmen, mit dem Ziel, daß Zeitungsverbote zukünftig ausgeschlossen werden.

Pressefreiheit darf nicht beeinträchtigt werden

Baden-Baden. Die Hauptversammlung des Badischen Presseverbandes befaßte sich am Samstag mit internen Fragen sowie den bisherigen Ergebnissen der Tarifverhandlungen zwischen dem Deutschen Journalistenverband (der Dachorganisation aller westdeutschen Verbände der Berufsjournalisten) und Verlegerorganisationen und dem in Bonn vorliegenden Pressegesetz.

Ein wichtiges Kapitel stellt auch die noch immer ungelöste Versorgung der älteren beschäftigten Kollegen dar, zu dem Herr Herzog, Ehrenvorsitzmitglied des Badischen Verbandes einige Ausführungen aus eigener Erfahrung machte, die aber für unzählige ältere Kollegen in Westdeutschland Allgemein Gültigkeit besitzen. Durch die Tatsache, daß die Versicherungsansprüche der Älteren — wie dies auch in anderen Berufsgruppen der Fall ist — durch die unsoziale Währungsreform abgewertet wurden, erhält H. jetzt noch eine monatliche Versi-

cherungssumme von ganzen 3.60 DM! Der Redner brachte zum Ausdruck, daß man nicht nur mitleidige Worte für die Alten finden solle, sondern daß man auch Taten folgen lassen möge, die den älteren Menschen einen wenigstens einigermaßen gesicherten Lebensabend garantieren.

Eingehend wurde auch zum Mitbestimmungsrecht der Journalisten und zu ihrer Forderung auf Unabhängigkeit vom Verleger, Stellung genommen. Es wurde unterstrichen, daß auch die Journalisten das volle Mitbestimmungsrecht für sich in Anspruch nehmen und gerade in dieser Frage laufend Besprechungen mit dem DGB geführt würden, um eine gemeinsame Basis zu finden.

Schließlich wurde in einer einstimmig angenommenen Erklärung gegen den vorgesehenen Paragraphen 137b des Strafgesetzbuches protestiert, der eine kritische Berichterstattung über schwebende Gerichtsverhandlungen unter Strafe stellt. Die anwesen-

Aus dem Parteilieben

Freiburg. Am kommenden Mittwoch findet in Freiburg-Stadt Vorstandssitzung der KPD statt. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Städtische Bühnen Freiburg

In der letzten Juni-Woche finden im Großen Haus der Städt. Bühnen folgende Vorstellungen statt: am Dienstag, 27. 6., wird die komische Oper „Die verkaufte Braut“ von Friedrich Smetana aufgeführt. **Der Mittwoch bringt die dritte Aufführung von Bert Brechts „Mutter Courage und ihre Kinder“.** Am Donnerstag, 29. 6. (Peter und Paul) wird Millöckers „Bettelstudent“ gegeben, am Freitag, 30. 6., wird Verdis „Aida“ (mit Kammer Sängerin Hanne Schmitz a. Gast in der Titelpartie) wiederholt.

Im Kammerpielhaus finden am Dienstag, 27. 6. (20 Uhr) und Donnerstag, 29. 6. (16 Uhr) die letzten Aufführungen von Heinz Schimpelpfeffnig „Silberner Pfeil“ statt. Die Be-

Fort mit der Atombombe

sucher des Kammerpielhauses werden darauf hingewiesen, daß die Dienstag-Aufführung des „Silbernen Pfeils“ die vorläufige einzige Abendvorstellung ist, in der dieses Stück gegeben werden kann.

Terminverlegung in Donaueschingen

Der für diese Woche angezeigte Zyklus zweier Vorträge über „Musik und Literatur“ von Romain Rolland bis heute des einschlägigen Wissenschaftlers Montigny mußte auf Freitag, 21. und Samstag, 22. Juli 1950, verschoben werden.

Wir werden unsere Leser über Zeit und Ort der Vortragsabende zu gegebener Zeit noch unterrichten.

den Journalisten unterstrichen in ihrer Erklärung, daß sie in der Einfügung dieses Paragraphen in das deutsche Strafrecht eine wesentliche Beeinträchtigung der Pressefreiheit sehen müßten, gegen die sie sich energisch zur Wehr setzten. Anschließend an die Hauptversammlung verbrachten die Teilnehmer den Nachmittag und Abend des vergangenen Samstag gemeinsam in der Kurstadt Baden-Baden, deren Stadt- und Kurverwaltung sich große Mühe gegeben hatten, einen guten Eindruck bei der Presse zu hinterlassen. Allerdings müssen wir fordern, daß sich der Stadtrat von Baden-Baden dafür einsetzt, daß die aufgewendeten Ausgaben unter keinen Umständen von der werktätigen Bevölkerung getragen werden.

Günstige Gelegenheit! Sonderposten! Erstaunlich billig!

Blaufarbige Leinenjacke
gute, starke Qual., flotte, zweireihige Form. So richtig für den Sommer.
Sonderpreis!
Für Knaben Stück DM **8.90**
Für Burschen Stück DM **11.20**
Für Herren Stück DM **12.90**

Weißes Polohemd
solide Baumwoll-Trikot-Qualität, kochecht, mit verdecktem Reißverschluss, Halbarm.
Halsweite 36-43 Stck. DM **5.60**

Graues Haushaltshandtuch
schwere Qualität, dicht gewoben, solid, praktisch und strapazierfähig. Fertig gesäumt und gebündert.
Sonderpreis!
Gr. ca. 48/95 Stück DM **-88**

Vorteilhafte Handtuch- und Bettuch-Reste
schöne, große Stücke. Abgabe auf Gewicht (pfundweise).
Kein Verkauf an Wiederverkäufer.

Wer den Pfennig ehrt, nach Haagen fährt!

Textil-Manufaktur Haagen Wilhelm Schöpflin Haagen

Adler-Lichtspiele Achern-Oberachern

Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag jeweils 20.30 Uhr

Tragödie einer Leidenschaft
mit Joana Maria Gorwin, Hermine Körner, Carl Kahmann, Friedrich Schönteufel u. v. a.

Die tragische Geschichte einer unglücklichen Liebe. Eine spannende Studie aus dem alten Rußland.

Achtung! Man beachte, daß auch Donnerstag eine Vorstellung stattfindet.

Drucksachen
liefert rasch und preiswert

Rhein-Druck GmbH. Mannheim
S 3. 10

Fort-schrittliche Firmen

die die Kaufkraft der Schaffenden zu schätzen wissen, inserieren in

UNSER TAG

Bücher, die Sie suchen:

Am 1. Juli 1950 stellt sich die **Universum-Bücherei** der deutschen Leserschaft vor.

Die Universum-Bücherei bietet allen Schichten unseres Volkes gute Bücher aus allen Wissens- und Interessengebieten in erstklassiger Ausführung gegen mäßige Mitgliedsbeiträge.

Die Aufnahmegebühr beträgt DM 1.50, der monatliche Beitrag ebenfalls DM 1.50.

Dafür erhalten die Mitglieder:

- Bei der Aufnahme einen Widmungsband.
- Nach freier Wahl innerhalb der Ausgabeblocks A, B, C 6 oder 4 oder 3 Bände jährlich.
- Die reichhaltige literarische illustrierte „Das Universum-Magazin“ in monatlicher Folge. Zustellung kostenlos.
- Alle auf dem deutschen Büchermarkt erschienenen Bücher zu Original-Organisationspreisen.

Die erste dem Widmungsband folgende Buchlieferung vollzieht sich nach 2 oder 3 resp. 4 geleisteten Monatsbeiträgen. Alle Bände sind geschmackvoll in Ganzleinen gebunden und hervorragend ausgestattet. Sie bilden die Zierde jedes Bücherschranks und die bleibende Freude jedes echten Bücherfreundes.

Einige unserer Autoren:
Emile Zola Jack London Egon Erwin Kisch
Howard Fast Alexander Puschkina Alexander Dumas
Arnold Zweig Hans Fallada Heinrich Mann
Kurt Tucholsky G. Flaubert und viele andere mehr.

Anliegende Beitrittsklärung bitte abtrennen, ausfüllen und — wenn keine Marke zur Hand — in frankiertem Umschlag einsenden an:

Universum-Bücherei
Wuppertal-Barmen, Werlstraße 16

BEITRITTS-ERKLÄRUNG
Mitgl.-Nr.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Universum-Bücherei und bitte um Übersendung des Mitgliedsausweises sowie der Mitgliedsgrundsätze.

Name Vorname

Beruf

Wohnort Straße

..... den 19

..... (Unterschrift)

Das Eintrittsgeld von DM 1.50 sowie den Mitgliedsbeitrag (DM 1.50 monatlich) für ... Monat-e habe ich heute auf das Postscheckkonto Nr. 60572 Dortmund eingezahlt.

Bekanntmachung

Die Städt. Kiesgrube „Auf der Haid“ wird für das Abladen von Schutt einschließlich Baurümmern etc. sofort gesperrt. Bauschutt und Baurümmern (jedoch kein Müll) sind nun in die Kiesgruben der Bundesbahn (südlich der Firma Olbricht) abzuladen.

Die Anfuhr darf nur von der Basler Landstraße aus (Einfahrt zwischen Firma Olbricht und ORAG) erfolgen.

Die Kippe ist von 7.30 bis 18 Uhr geöffnet.

Den Weisungen des Aufsichts- und Bedienungspersonals ist Folge zu leisten. Eigenmächtiges Abladen ist untersagt. Bei Zuwiderhandlungen erfolgt Kippverbot.

Freiburg i. Br., 23. Juni 1950.

Das Bürgermeisteramt.

Wiederaufnahme der ärztlichen Praxis

Ab 19. Juni 1950 nehme ich meine ärztliche Tätigkeit in Lörrach, Schwarzwaldstraße 11 part. wieder auf

Zu allen Kassen zugelassen

Spredstunden: 14 - 16 Uhr u. 16 - 19 Uhr
Mittwochs u. Samstags von 8 - 10 Uhr

Dr. med. F. Holdermann
prakt. Arzt

Telefon 2068

Nachhilfestunde in Antikommunismus

Der „dies academicus“ im Kalten Krieg
Heidelberg. (EB). Aus Heidelberg wird gemeldet, daß der letzte „dies academicus“, der als eine Art Nachhilfestunde in Fragen der Allgemeinbildung für Studenten der westdeutschen Universitäten anzusehen ist im Zeichen sogenannter aufklärerischer Vorträge über den „Bolschewismus“ und die Sowjetunion gestanden habe. Allein schon die Themenstellung Prof. Mauraks, München, der über die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der SU sprach, garantierte dafür, daß es sich nicht um eine Aufklärung, sondern um eine Einschaltung des „dies academicus“ in das Programm des „Kalten Krieges“ handelte.

350 000 DM Defizit im Buchener Kreishaushalt

Buchen. (Lwb.). Landrat Schmerbeck wies kürzlich auf einer Bürgermeisterversammlung des Kreises Buchen in Hardheim auf die Schwierigkeiten bei der Aufstellung des neuen Kreishaushaltsplanes hin. Schmerbeck betonte, daß es trotz schärfster Kalkulation nicht gelungen sei, das Defizit von 350 000 DM auszugleichen. Die Ursache dafür sei in der Höhe der Fürsorgeausgaben und in den erhöhten Wohnfahrts- und Straßenkosten zu suchen. Der Leiter des Kreiswohnungsamtes stellte fest, daß es im Kreis heute noch mehrere hundert Familien mit Kindern gäbe, die nur über je einen Raum verfügten.

Richtet euch mit aller Kraft gegen die Atombombe

Lörrach. Am Dienstag, 20. Juni, abends 20 Uhr, sprach im „Restaurant Stark“ der Sekretär des Landesfriedenskomitees Freiburg, zu den Friedensfreunden des Friedenskomitees Lörrach. Nach kurzen Betrachtungen über den Stand der Unterschriftensammlung für den Frieden in der Welt, konnte der Referent bekanntgeben, daß bis jetzt schon über 2 Millionen Unterschriften in Westdeutschland, davon über 40 000 in Südbaden gesammelt wurden. Anhand von Beispielen zeigte er, wie die Kriegsbrandstifter ihre Vorbereitungen zur Entfaltung eines neuen Unheils über die Menschheit verstärken. Diese Herrschaften kalkulieren jedoch den Friedenswillen der Völker in ihren Plänen schlecht ein. Es muß Aufgabe aller Friedensfreunde sein, den beschleunigten Vorbereitungen der Hasardeure durch verstärkten Einsatz für die Erhaltung des Friedens der Mobilisierung der Massen, zu nichte zu machen. Überall, sei es in den Betrieben oder Städten, in den Dörfern und Organisationen, müssen wir die akute Gefahr des Krieges aufzeigen und zur Bildung von Friedenskomitees kommen. Dann erinnerte der Redner daran, daß es am 6. August fünf Jahre werden, seit die erste Atombombe auf Hiroshima abgeworfen und hunderttausende Menschen vernichtet. Noch heute gibt es dort keine Normalgeburten und erst heute tritt dort eine gewisse Erblindung der Überlebenden auf. Es gilt, diesen Schrecken den Völkern zu ersparen.

Zum Schluß appellierte der Redner, auch im Kreise Lörrach die Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens zu verstärken und überall Friedenskomitees zu bilden.

Vor vier Jahren!

In der Aussprache berichtete ein Friedensfreund, daß er noch heute daran denke, wie vor 4 Jahren der Kreis-Gouverneur in einer Aussprache erklärte, daß die Franzosen und Deutschen eine gemeinsame Aufgabe hätten und zwar alles daran zu setzen, daß nie mehr ein Krieg entfesselt werden könnte. Zum Leidwesen des deutschen und französischen Volkes stelle er jedoch fest, daß diejenigen, welche noch vor vier Jahren von einer gemeinsamen Aufgabe gesprochen hatten, den Friedenswillen des deutschen und französischen Volkes zu brechen versuchen. Wer das Verbot von „UNSER TAG“, das Sprachorgan des Friedens, und die sonstigen Schikanen, welchen die Friedensfreunde unterworfen sind, verfolgt, der sehe deutlich, was gespielt würde. Friedensfreund Prof. Dr. Reinau zeigte an Hand von Beispielen, daß man eine richtige Kriegshysterie zu erzeugen versucht und erwähnte die Schweiz, wo man jeder Familie zur Pflicht machte, sich für 15 Frs. mit Lebensmitteln einzudecken, weiterhin, daß man durch die Kriegsgefangenenhetze und der Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze, dem westdeutschen Volk ein Kriegsziel geben will.

Friedenserfolge im Kreise Lörrach
 Weiterhin konnte ein Friedensfreund berichten, daß auch im Kreise Lörrach der Friedenswille immer weiter um sich greife und schon einige sehr gute Beispiele zu verzeichnen seien. Voran gehe die ländliche Bevölkerung, wie uns einige Beispiele zeigen. So wurden in dem kleinen Dorf Büschau von 158 Wahlberechtigten 152 Unterschriften gesammelt. Man kann aber den Friedenswillen der Bevölkerung erst richtig ermessen, wenn man bedenkt, daß bei der Bundestagswahl für alle Parteien nur 78 Stimmen abgegeben wurden. In Hau-

ingen unterzeichnete der Gemeinderat geschlossen für den Frieden. Weiterhin wurden in Hainingen Oettingen und Kirchen mehr Unterschriften für den Frieden gegeben, als bei der Bundestagswahl für alle Parteien Stimmen abgegeben wurden. Auch in den Betrieben sind sehr gute Erfolge zu verzeichnen, voran eine Chemische Fabrik in Wyhlen und eine Weberei in Hölstein, wo 100 bzw. 99 Prozent aller Belegschaftsmitglieder erfaßt wurden.

Zum Schluß wurde festgelegt, zu versuchen, alle Dörfer und Betriebe in der Unterschriftensammlung für die Stockholmer Beschlüsse zu erfassen. Dazu wurde ein Ausschuß zur Ausarbeitung eines Planes gebildet.

Ein Dorf lebt vom Schmutz der Städte

In Ziegelhausen sind die Hälfte der Einwohner Wäscher

Heidelberg. Die ehrsamten Bürger von Ziegelhausen, der größten Gemeinde des Landkreises Heidelberg, leben buchstäblich vom Schmutz ihrer Mitmenschen. Ueber die Hälfte der 7000 Einwohner dieses Ortes im Neckartal sind Wäscher. Sie arbeiten meist in kleinen Wäschereibetrieben — es soll davon nahezu hundert geben — für ihre Kundschaft in den Städten am Unterlauf des Neckars und am Rhein.

Aus Heidelberg, Mannheim, Speyer, ja sogar aus Worms und einigen kleineren Städten der Rhein-Neckar-Ebene wird schmutzige Wäsche nach Ziegelhausen geschickt. Die Hausfrauen dort sind der Meinung, die in Ziegelhausen und seinen Ortsteilen Steinbachtal und Peterstal gewaschene Wäsche sei weißer und rieche besser, auch werde sie schonender behandelt als in den Wäschereien der Städte.

Das Geheimnis dieser Vorzüge ist wohl darin zu suchen, daß die Ziegelhäuser Wäscher ein kalkfreies Wasser verwenden können, das ihnen aus dem Buntsandstein des Odenwaldes, dem sogenannten Kreuzgrund zufließt. Durch das weiche Wasser werden viele chemische Zusätze überflüssig, ja es läßt sogar einen äußerst sparsamen Gebrauch der Seife zu. Auf dem ausgedehnten Wiesengelände in Ziegelhausen wird die Wäsche zum Trocknen und Bleichen ausgelegt.

Es ist nicht genau bekannt, wann in Ziegelhausen damit begonnen worden ist, das Wäschebrennen als Gewerbe zu betreiben. Nach alten Überlieferungen verdankt das Dorf seine Gründung den Mönchen des nahen Klosters Schönau, die um das Jahr 1200 eine Ziegelhütte errichteten und aus dem reichlich vorkommenden Ton Ziegel brannten. Auf diese Einrichtung dürfte auch der Name des Ortes und sein Wappen, das einen Ziegel über einem Haus zeigt, zurückzuführen sein. Im Umkreis der Ziegelhütte erstanden Erbhöfe sowie Mühlen im wasserreichen Steinbachtal. Durch den Bau des Heidelber-

ger Schlosses angelegt, ließen sich dann in Ziegelhausen Steinmetzen nieder. Den Holzhauern bot der Odenwald und den Fischern der Neckar Verdienst. Erst gegen 1800 hat sich das Wäschereigewerbe ausbreitet, den Vorteil des weichen Wassers und der Nähe vieler Städte wahrnehmend.

Das Dorf ist jedoch nicht allein durch seine Wäschereien bekannt, es wird auch gerne als Tagungsort gewählt und zum Ferienaufenthalt aufgesucht. Auf den dichtbewaldeten Bergen um das Neckartal finden Erholungssuchende erquickende Ruhe. Auch im Dorf selbst, in dem es wegen der bergigen Lage kaum Bauernwirtschaft gibt, ist es sehr ruhig — und es wird sogar behauptet, auch die „Waschweiber“ seien es.

Achtung, Genosse!

Ist das neue Sozialistische Bildungshett „Unser Kampf um die Verteidigung des Friedens“ schon in Deiner Hand?

Wenn nicht, besorge es Dir bei dem für Dich zuständigen Kreissekretariat der KPD. Die Durcharbeit dieses Bildungshettes soll Euch helfen, die Aufgaben, die für alle Parteimitglieder stehen, nämlich die Argumentation zu entwickeln, die für die Gewinnung aller bisher von der Friedenspropaganda nicht erfaßten Schichten der Bevölkerung notwendig ist, zu erfüllen.

Ende Juli Revisionsverhandlung im Fall Dehm

Karlsruhe. (lwb) Ende Juli findet in Karlsruhe vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts das Revisionsverfahren gegen Gustav Dehm statt.

Dehm war im April 1949 wegen dreifachen Mordes an seiner Schwägerin und deren beiden Kindern zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte seinerzeit der Verteidiger Berufung eingelegt. Gustav Dehm befindet sich seit 1949 in der Landesstrafanstalt Bruchsal.

UMSCHAU IM LANDE

Totoglück mit Pferd

Eblingen. (lwb) Eine Eblingen Tippegemeinschaft von elf Personen gewann bei einem der letzten Wettbewerbe des württembergisch-badischen Sporttotos ein Eigenheim im Werte von 12 500 DM.

Nachdem bei den Gewinnern die erste Freude verausacht war, beschlossen sie, die Totogesellschaft um Bargeld zu bitten, da ja nicht alle elf Gewinner in das Eigenheim einziehen könnten. Die Totogesellschaft gab den Gewinnern jedoch zu verstehen, daß sie durch Verträge gebunden sei und daher nur das Eigenheim abgeben könne. Jetzt sucht die „Totof“ nach einem Käufer für ihr Eigenheim.

Radfahrer fliegt durch Windschutzscheibe

Hechingen. (lwb) Auf dem ungewöhnlichen Wege durch die Windschutzscheibe gelangte dieser Tage bei Hechingen ein Radfahrer in das Innere eines Volkswagens. Bei der steilen Abfahrt vom Zollernberg versagte die Bremse des Fahrrades. Der Radfahrer prallte auf den entgegenkommenden Volkswagen, wurde durch die Windschutzscheibe geschleudert und landete mit erheblichen Schnittverletzungen zwi-

schen den drei Insassen des Kraftfahrzeugs. Die Insassen des Wagens kamen mit dem Schrecken davon und konnten den unerwarteten Fahrgenossen sofort ins Krankenhaus überführen.

Am Rostbraten erstickt

Crailsheim. (lwb) In einer Gaststätte in Crailsheim ist dieser Tage ein Gast auf tragische Weise ums Leben gekommen. Ein 45 Jahre alter Mann verspürte während des Genusses eines Rostbratens plötzlich Beschwerden. Er wurde von dem Wirt ins Freie geführt, brach jedoch kurz darauf zusammen und starb wenige Minuten später im Garten der Gaststätte. Bei der Obduktion der Leiche entdeckte man, daß sich ein großes Stück Fleisch hinter den Kehlkopf des Mannes geschoben und zum Erstickenstod geführt hatte.

700 Bodensee-Felchen mit einem Zug

Lindau. (lwb) 700 Blaufelchen brachte dieser Tage ein junger Fischer aus Wasserburg mit einem Netz aus Boot. Nach diesem Rekordfang, der in der Geschichte der Bodenseefischerei einmalig sein dürfte, wird dem Fischer der Ehrentitel des diesjährigen Fischerkönigs nicht mehr zu ne-

men sein. Da jedoch nach den Kontingentsbestimmungen ein Fischer täglich nicht mehr als 150 Blaufelchen fangen darf, mußte der Glückspilz seine reiche Beute auf offener See mit seinen Kollegen teilen.

1300 Liter Most auf der Straße

Heidenheim. (lwb) Auf der Straße zwischen Heidenheim und dem Vorort Mergelstetten verlor am Mittwochmorgen ein Anhänger eines Lastzuges aus Heppach das rechte Vorderrad. Dadurch neigte sich der Anhänger auf die Seite, zwei Mostfässer mit je 650 Liter, die der Anhänger geladen hatte, kamen ins Rutschen, stürzten auf die Straße und platzten auf, so daß das edle Blau in den Straßenraben floß.

Bitte keine Vorladung mehr

Schorndorf. (lwb) Die Schorndorfer Bürgergemeinschaft hat am Dienstag die zuständigen Stellen gebeten, den Bürgern künftig keine „Vorladung auf das Rathaus“ mehr zu schicken. Dies sei nicht mehr zeitgemäß. Man solle die Bürger auf das Rathaus bitten und ihnen in dem Schreiben auch den Grund für die Aufforderung mitteilen.

Leichtathleten in Form

Neuer deutscher 5000 m-Rekord

Niederrheins mit neuem Rekord über 5000 Meter

Niederrheins Leichtathleten schlugen Hamburger Vergleichskampf. Der Wuppertaler Schade lief in einem tadellosten Stil über 5000 Meter in 14:22,8 Min. einen neuen deutschen Rekord. Die Gäste belegten durchweg erste Plätze: Hochsprung Hoppenrath 1,85 m, 800 m Cleve (Krefeld) 1:55 Min. Bei den Hamburgern kam Stöck im Speerwurf mit 61,45 m zu einem Sieg und Karstens mit 15,9 Sek. beim 110-m-Hürdenlauf.

VfL München verbesserte sich um 880 Pkt.

In der deutschen Vereinsmeisterschaft erreichten die Leichtathleten des VfL München am Samstag 18 469 Punkte und verbesserten die letzthin erzielte Leistung um 880 Punkte. TSV 00 München kam auf 18 101 Punkte. Kaindl, Friesinger und Eberlein hieß die Reihenfolge des spannenden 1500-m-Laufes, den Kaindl in einem mitreißenden Endsprint in 4:02,4 Min. gewann. Im Speerwurf erreichte Fritz (VfL) 62,16 m und im Stabhochsprung kam Gustl Stührk (60) auf 4 Meter.

Eberlein ließ erneut aufhören

Beim großen Leichtathletik-Vereinswettbewerb 1950 — VfL München lief Exmeister Hermann Eberlein die 5000 m in 15:08,0 Minuten und verbesserte seine acht Tage vorher aufgestellte Leistung um mehr als sieben Sekunden.

Ausländische Leichtathleten gefielen in Stuttgart

Von den ausländischen Teilnehmern eines internationalen Leichtathletikfestes in Stuttgart gefiel der finnische Dreisprungmeister 1949, Pentti Uusihauta mit seiner überlegenen Leistung von 14,63 m. Der junge Schwede Ingemar Rolj lieferte Warnemünde (Pinneberg/Hamburg) ein verbissenes Rennen über 800 m, das der Norddeutsche aber im Endsprint und mit 1:55,7 für sich entschied. Im Kugelstoßen belegte der Finne Saarikoski mit 13,48 m den ersten Platz vor Olsson (Schweden) 13,10 und Blask (Fulda) 12,33 m.

Fußball-Weltmeister schon geschlagen

Schweden — Italien 3:2

Am zweiten Tag der Fußball-Weltmeisterschaften gab es durch einen 3:2-Sieg von Schweden gegen Italien (in der Gruppe C) die erste Überraschung. Die Nordländer hatten sich bereits bis zur Pause eines 2:1-Vorsprungs gesichert. Ihr Spiel war zweckmäßiger als das der schnellen Italiener. Damit erlitt Italien als Weltmeister bereits im ersten Spiel eine empfindliche Niederlage.

Auch England und Spanien siegreich

In der Gruppe B schlug England die Elf von Chile knapp mit 2:0. Die Chilenen waren überraschend stark und gingen sehr gut auf das sachliche Spielsystem der Engländer ein. Besonders die Standardspieler der Engländer wurden vorzüglich abgedeckt, so daß diese nicht richtig zum Zuge kommen

US-Leichtathletikmeisterschaften

Bei den USA-Leichtathletikmeisterschaften gab es trotz einer Hitze von 38 Grad Celsius ausgezeichnete Leistungen.

100 m Orag 10,4 Sek., 200 m Tyler 21,1 Sek., 400 m Rhoden 46,5 Sek., 800 m Whitfield 1:51,8 Min., 1500 m John Twoney (Illinois) 3:51,3 Min., 5000 m Witt 15:19,4 Min., 10 000 m Ashenfelter 32:44,3 Min., 110 m Hürden Atlesey 13,6 Sek., 200 m-Hürden Fleming 23,6 Sek., 400 m-Hürden Moore 53,6 Sek., 3000 m-Hindernis Warren Dritzler (Michigan) 9:33,6 Min. Weitsprung Holland 7,85 m. Hochsprung Heintzman, Albritton, Severns und Zeto je 1,96 m. Stabhochsprung Richards 4,47 m. Kugelstoßen Fuchs 17,37 m. Diskuswerfen Gordien 52,79 m. Speerwerfen Seymour 66,77 m. Hammerwerfen Sam Felton 57,09 m.

VfL München deutscher Frauenhandballmeister

Durch einen 4:3-Sieg über SV 04 Düsseldorf errang die Mannschaft der VfL München den diesjährigen Titel eines deutschen Frauenhandballmeisters.

Was der Radsport bringt

Müller hielt sich gut in der Schweizer Rundfahrt

Der Schweningen Müller vollbrachte auf der zweiten Etappe der Schweizer Rundradfahrt von Winterthur nach Liestal über 240 km eine gute Leistung. Er kam in der zweiten Gruppe in der gleichen Zeit wie Kübler (Schweiz) auf dem 5. Platz. Im Gesamtergebnis führt der Luxemburger Goldschmidt, der die beiden ersten Etappen gewann.

Todesfall beim Steherrennen

Beim zweiten Lauf eines internationalen Steherrennens in Bamberg stürzte der Bamberger Schrittmacher Hans Lechner infolge Reifenschadens schwer. Kurze Zeit später erlag er im Krankenhaus seinen inneren Verletzungen.

Lohmann gewann „Goldenes Rad“ von Nürnberg

Auf der Radrennbahn Nürnberg-Reichelsdorf gewann am Sonntag Walter Lohmann (Bochum) vor etwa 8000 Zuschauern das „Goldene Rad von Nürnberg“. Lohmann fuhr in diesem Steherrennen über eine Stunde genau 66 km, 2. Kittsteiner, Nürnberg, (200 m zurück), 3. Jaques Lamboley, Frankreich (360 m zurück), 4. Erich Metz Witten-Angeln (440 m zurück), 5. Giuseppe Martini, Italien (650 m zurück), 6. Georg Umbenhauer, Nürnberg (1300 m zurück). Das „Kleine goldene Rad von Nürnberg“ über 25 km gewann Jaques Lamboley in 21:58 Minuten.

Neue Schwimmerfolge Poseidons in Lissabon

Am zweiten Tag in Lissabon gewannen die Hamburger die 4 mal 100 m Kraul in 4:27,0 Minuten vor Portugal 4:27,2 Minuten. Im 100 m Brustschwimmen gewann der Münchner Herbert Klein mit Längen in 1:11,8 Min. vor dem Portugiesen Barbeiro (1:19,8). Das Wasserballspiel gegen Algese Dafundo endete 4:4.



Die süddeutsche Oberliga ist komplett

FC Singen schlug Freiburger FC und erhielt den 18. Platz

Durch einen 3:0-Sieg über den Freiburger FC errang der FC 04 Singen aufgrund des besseren Torverhältnisses die Teilnahmeberechtigung an der Meisterschaftsrunde der kommenden Spielzeit in der süddeutschen Oberliga. Die Abschlusstabelle der Qualifikationsrunde lautet:

FC 04 Singen	2	1	—	1	4:2	2:2
Freiburger FC	2	1	—	1	3:3	2:2
VfL Konstanz	2	1	—	1	2:4	2:2

Freiburger FC — FC Singen 0:3

Mit dem gleichen Resultat und im gleichen Stil, wie der Freiburger FC am vergangenen Sonntag den VfL Konstanz niederrang, schlug im entscheidenden Qualifikationsspiel um den 18. Vertreter der süddeutschen Oberliga in Schwenningen der FC 04 Singen den FC Freiburg. Die Singener spielten das Spiel ihres Lebens. Im Einsatz, in der Entschlossenheit und der Wucht waren sie den Freiburgern, die von der glänzenden Form der Singener sichtlich überrascht waren, um einiges voraus. Hervorragende Deckungsarbeit der Singener Abwehr vereitelte jeden Erfolg der Freiburger, denen in diesem Spiel nichts gelin-

gen wollte. Der Sieg der Hohentwielers ist das Produkt einer großen kämpferischen Leistung, zu der sich in diesem Spiel vorzügliches technisches Können gesellte, gegen das der Freiburger Abwehrblock einen schweren Stand hatte.

In der ersten Halbzeit gab es eine durchweg gleichwertige Partie, bis in der 22. Min. eine glänzende Kombination des Singener Sturmtes den ersten Treffer für die Hohentwielers durch Ritzl ergab. Durch diesen Erfolg bekamen die Singener mächtig Auftrieb, der ihnen dann in der 41. Min. durch Rechtsaußen Schroff, dessen Schuß von einem Freiburger Verteidiger noch ins Tor abgefälscht wurde, das zweite Tor einbrachte. Nach der Pause versuchten die Freiburger mit aller Macht, das Ergebnis zu verbessern, aber die Schüsse waren zu ungenau. In der 61. Min. stellte dann der hervorragende Dr. Joachimski im Anschluß an eine Ecke durch halbhoher Schuß das 3:0 her. Nach Spielschluß wurden die Singener von ihren begeistertsten Anhängern auf den Schultern vom Platz getragen. Vor 4500 Zuschauern leitete Groß, Frankfurt, befriedigend.

Kehraus mit Pokal- und Privatspielen

Weitere Fußball-Resultate

Qualifikation zur Süd-Oberliga:	
SC Freiburg — FC Singen	0:3
Funktspiele Südwest/Nord:	
VfL Neustadt — Tus Neudorf	10:1
Trier/Kürenz — 1. FC Kaiserslautern	0:4
Privatspiele:	
Phönix Ludwigshafen — SV Waldhof	1:2
Bayer Leverkusen — FC St. Pauli	0:1
Fußball-Weltmeisterschaft:	
Schweden — Italien	3:2
England — Chile	2:0
Spanien — USA	3:1
Schweiz — Jugoslawien	0:3

Jugend-Fußball in Bad Wörishofen	
SC Freiburg — SC 03 Kassel	3:2
Bayern München — Stuttgarter Kickers	4:1
Stuttgarter Kickers — SC 03 Kassel	1:0
Bayern München — SC Freiburg	2:2

SV Waldhof — Phönix Ludwigshafen 2:1

Die beiden Vereine, die in den vielen Jahren sportlicher Rivalität im alten Rheinbezirk stets ein freundschaftliches Verhältnis zueinander bewahrt hatten — das durch die Affäre Lippener hoffentlich keine Trübung erfahren wird — waren einer Einladung zum Jubiläum der Stadt Reinheim gefolgt und lieferten einander dort vor 3000 begeisterten Zuschauern ein schönes Spiel. Obgleich die Waldhöfer ohne Lippener und Siegel spielten, während die Ludwigshafener mit einigen

Neuerwerbungen aufwarteten, konnte Waldhof einen knappen Sieg erringen. Die Ludwigshafener lieferten eine ausgezeichnete Partie und erspielten sich manche Torchance, aber die Hintermannschaft Waldhofs, in der neben Rößling und Rendler auch Trautmann in seiner neuen Rolle als Stopper gefallen konnte, griff immer wieder erfolgreich ein. Einen Strafstoß von Ott mußte Skudlarek aber doch passieren lassen. Noch vor der Pause schaffte Linksaußen Holler für Waldhof den Ausgleich. Nachdem Waldhof in der zweiten Halbzeit zunächst eine Drangperiode der Ludwigshafener mit Glück überstanden hatten, konnte Hölzer, der mit Fanz und Herbold die „alte Garde“ im Waldhofsturm vertret, den Siegstreffer für die Blauschwarzen erzielen.

SC Baden-Baden — Phönix Karlsruhe 3:7

Wie schon im vergangenen Jahr zum Abschluß der Saison, so demonstrierten die Karlsruher erneut technisch hervorragenden Fußball, dem auch diesmal der zahlenmäßige Erfolg nicht versagt blieb, da die Badener einmal auf wichtigen Posten mit Ersatz antraten, zum anderen die Hintermannschaft der Kurstädter einen rabenschwarzen Tag hatte. Der südbadische Landesligameister war dem Gegner nicht gewachsen und kam nur durch den Einsatz seines Mittelstürmers zu drei Treffern. Die neuen Spieler in den Reihen der Badener ließen zwar sehr gute